

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,80.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Der Unternehmerbund nach dem Kampfe.

Die große Aussperrung hat, rein äußerlich betrachtet, an dem Bestande der an ihr beteiligten Organisationen nichts geändert. Heil und Fortschritt sind sowohl Arbeiter als auch Unternehmer aus dem heißen Ringen zurückgekehrt. Das ist für die Unternehmer eine nicht weniger respectable Leistung als für die Arbeiter; denn das Ueberdauern einer solchen Krise ohne schwere Blessuren ist gewiß ein Zeichen kernhafter Festigkeit. Während die Arbeiterorganisationen hohen Anforderungen an ihre Finanzkraft und taktische Geschlossenheit gerecht werden mußten, hatte der Unternehmerbund eine starke Belastungsprobe seiner inneren Festigkeit, der Konstanz seines organischen Gefüges auszuhalten. Die Arbeiterorganisationen haben den gewaltigen Zusammenstoß glänzend überstanden, darüber sind sich Freunde und Feinde einig. Die anfänglichen Schwierigkeiten beim Abschluß des Kampfes in einzelnen Zweigvereinen wurden bald behoben und wurzelten zudem auch in ganz andern Ursachen, als in der Aktionsfähigkeit oder Unfähigkeit der Arbeiter. Es war nichts weniger als leere Prahlerei, wenn wir den Unternehmern sagten, daß wir auch die Fortsetzung des Kampfes selbst auf längere Dauer nicht zu scheuen hätten.

Bei dem Unternehmerbund lagen die Dinge weniger klar. Kurz vor und bei Beginn des Kampfes schien es, als treibe er einer Katastrophe entgegen. Der Abfall des Berliner Verbandes schien der Bund seiner festesten Stützen berauben zu sollen. Hamburg, Bremen, Magdeburg und Karlsruhe wollten von der Aussperrung nichts wissen; in andern Großstädten blieb die Wirkung der Aussperrungsorder weit hinter den Erwartungen der Bundesleitung zurück. Doch schon nach wenigen Tagen fügten sich Magdeburg und Karlsruhe, und in den andern Orten hatte die fieberhafte terroristische Tätigkeit den Erfolg, die Aussperrung zu verallgemeinern. So war die Einigkeit des Bundes wieder leblich hergestellt, wenn auch Hamburg und Bremen neben Berlin den Aussperrungsbeschluss nicht befolgten. Diese Einigkeit hat bis zum Schluss angehalten, und sie würde jedenfalls auch noch bei einer weiteren Dauer des Kampfes angehalten haben. Allerdings bedurfte es dazu ganz bedeutender Anstrengungen der Bundesleitung; was die Ueberredung, der Appell an die Klassen-solidarität der Unternehmer unter Hinweis auf das Beispiel der Arbeiter nicht vermochte, das gelang dem Terrorismus, der in der Materialperre sein vorzüglichstes, aber nicht sein einziges Mittel sah. Kurzum, als der Unternehmerbund aus dem Kampfe zurücktrat, konnte er mit nicht ganz unbedeutendem Selbstbewusstsein sagen, daß er die Feuerprobe bestanden, und zwar nicht schlecht bestanden habe. Er hatte nicht gesiegt — und seine Wortführer sind ehrlich genug, das nicht zu behaupten —, aber er konnte in leblicher Ordnung und mit dem Troste abziehen, aus einer recht schlimmen Affäre ziemlich glimpflich davongekommen zu sein.

Wie der Kampf die Mitgliederzahl des Unternehmerbundes beeinflusst haben mag, entzieht sich vorläufig noch der öffentlichen Kenntnis. Sollte es wahr sein, daß sie gestiegen ist, wie gelegentlich ein Unternehmerblatt behauptete, so wird man es jedenfalls am Jahreschlusse erfahren; ist sie dagegen zurückgegangen, so wird man das wohlweislich verschweigen, bis der Verlust wieder ausgeglichen ist. Aber eins ist sicher, daß nämlich der Bund alle Kräfte anwenden wird, um seine Macht zu stärken. Besonders Augenmerk wird er darauf richten, die Schwächen und Schwächen zu beseitigen, die sich während des Kampfes gezeigt haben oder durch den Kampf selbst entstanden sind. Man wird darum nicht gerade überrascht sein, wenn man jetzt hört, daß der Bund an eine gründliche Wende seines

Finanzwesens denkt und sie bereits in Angriff genommen hat. Das mußte kommen; wir hätten schon längst auf die Wahrscheinlichkeit dieser Maßnahme hingewiesen, wenn wir nicht hätten befürchten müssen, damit dem Bunde der Weg zu den Taschen seiner Mitglieder zu ebnen, wozu wir begreiflicherweise weder Beruf noch Neigung verspürten.

Die „Baugewerks-Zeitung“ vom 24. September verkündet jetzt, daß sich der Bundesvorstand in seiner nächsten Sitzung mit der Regelung der Bundesbeiträge befassen wird. Die Worte, mit denen sie es tut, sind sehr charakteristisch für die Auffassungen, die im Bundesvorstande über die zukünftige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen. Sie lauten nämlich:

Die Hauptfrage, in deren Erörterung der Ausschuss eintreten will, ist die Absicht, einen Wehrschuß für den Bund zu begründen, der in zukünftigen Kämpfen die Kriegskasse darstellen soll. Nach denkbarer Schläg ist es gut, die Lehren des Kampfes zu überlegen; denn die Erfahrungen sind reich, und der Wille, sie zu bewerten, lebendig. Keine Erkenntnis drängt sich aber im Rückblick auf die letzte große Aussperrung als so unumstößlich auf wie die, daß wirtschaftliche Bewegungen nicht ohne große materielle Mittel zum glücklichen Ende geführt werden können. Der Idealismus der Gesamtheit und der Opfermut der einzelnen reichen allein nicht aus; sie geschehen, wo es an den nötigen Kampfmitteln fehlt. Manah eine Stadt hätte im letzten Kampfe gehalten, in manchem Bezirke die Aussperrung wirksamer durchgeführt werden können, wenn es nicht am nötigsten gefehlt hätte. Die Zentrale des Bundes hatte einen Kriegsfonds überhaupt nicht zur Verfügung; die Mittel in ihrem Besitz reichten bei den erhöhten geschäftlichen Anforderungen in der Kampfszeit nicht einmal immer zur Deckung der eigenen Unkosten aus. Es war deshalb nicht möglich, die Bezirks- und Ortsverbände, deren Leistungsfähigkeit sehr verschiedenartig und überwiegend jedenfalls unzureichend war, gehörig zu unterstützen.

Fast beschämend für den Bund war es, daß er auf die finanzielle Beihilfe der deutschen Industrie, insbesondere des Vereins der Arbeitgeberverbände, angewiesen war. Auch ergab sich hieraus eine gewisse Abhängigkeit, die bei aller Anerkennung für die geleistete Hilfe als unerwünscht empfunden werden mußte. Für die Zukunft wird sich der Bund unbedingt selbst die nötige Ausrüstung schaffen müssen. Aller Zuwachs an Mitgliedern, aller Gemeingeist unter den Berufsgenossen reicht nicht aus, wenn kein Kriegsfonds gesammelt wird, der für spätere große Kämpfe dringend nötig ist. In früheren Jahren mochten die beschriebenen Mittel der Bezirks- und Ortsverbände ausreichen, solange noch die Kämpfe lokal geführt wurden. Nachdem wir in den meisten Gewerben längst zu gewaltigen Massenstreiks und Aussperrungen für das ganze Reichsgebiet gekommen sind, ist es unabwendlich, einen großen Wehrschuß in die Hände der Zentrale zu legen. Wir müssen tun, was die Gewerkschaften schon vor uns getan haben. Ihr Kriegsschiff in den Kassen der Zentrale belief sich zu Beginn des letzten Kampfes auf annähernd neun Millionen Mark.

Auch wir werden eine hohe Summe aufbringen müssen. Das deutsche Baugewerbe wird, jetzt in der Friedenszeit eine starke Opferwilligkeit beweisen müssen, um sich die in der Zukunft drohenden Kämpfe zu erleichtern. Denn eine Utopie wäre es, an einen dauernden Frieden zu denken. Nach drei Jahren müssen wir von neuem gerüstet sein, um, wenn es unabwendbar ist, einen Einsatz zu bestehen. Sie härter wir nach drei Jahren sind, desto größer wird die Hoffnung sein, den Frieden ohne Kampf zu erhalten oder durch einen Sieg zu erringen.

So im Vorbeigehen nur wollen wir uns die Probenhaftigkeit verbitten, mit der das Festschloß wie immer, so auch bei dieser Gelegenheit, von den Unternehmern als von dem „Deutschen Baugewerbe“ spricht. Für den unverstämten Gesellen, der diese Methode kultiviert, gehört die nach Hunderttausenden zählende Armee der Bauarbeiter anscheinend nicht zum deutschen Baugewerbe. Die Arbeiter, aus deren Schweiß, Hunger und Blut sich die Bauwerke von der kleinsten Dorfkapelle bis zum ragenden Dom erheben, sind für die Leute vom Bunde nichts als Material, wie es Kalk und

Sand, Ziegel und Fliesen, Träger und Balken sind. Die Unternehmer jedoch, in deren Reihen manch dunkler Ehrenmann steht, dem es gleich ist, ob er sein Geld durch die Verschandelung deutschen Bodens mit den traurigen Blüten seines Puffertums oder durch ehrfamen Vorbetrieb verdient, die Unternehmer, die als Zwischenhändler zwischen den Architekten und Arbeitern und den Bauauftraggebern die allerüberflüssigsten Schmaroher auf Gottes weiter Erde sind, die sind — ausgerechnet! — das deutsche Baugewerbe!

Im übrigen können wir es uns wohl ersparen, die Glanzpunkte dieser Auslassung noch besonders zu besprechen. Was die „Baugewerks-Zeitung“ über die „fast beschämende“ Beihilfe der großindustriellen Scharmacher zu den Kosten des Kampfes und über die daraus fließende „gewisse Abhängigkeit“, die aber als „unerwünscht empfunden“ wurde, sagt, ist gewiß sehr schön und für die Wissenden geradezu köstlich. Aber wir wollen darüber nicht vergessen die große Bedeutung, die dies Vorhaben des Bundes für uns hat. Wohlgemerkt: es ist ein Kriegsschiff, den der Bund ansammeln will; er betont das sehr häufig und nachdrücklich. Nun gehört natürlich Klappern zum Handwerk; wir wollen deswegen auf die Redereien von Strauß, Kampf und Sieg nicht mehr geben, als sich unter dieser Berücksichtigung rechtfertigt. Aber eins bleibt doch als die unumstößliche Tatsache bestehen: wir haben im Jahre 1913 mit einem stärkeren Gegner zu rechnen, als wir in diesem Jahre hatten! Man mache sich nur klar, was der Arbeitgeberbund mehr bedeutet, wenn er statt eines Westentaschenvermögens, das kaum für die Portokosten ausreicht, wie es in diesem Jahre war, eigene Millionen hinter sich hat. Er braucht von seinen Mitgliedern nur den verhältnismäßig geringen Beitrag von M. 50 im Durchschnitt pro Jahr zu erheben, um in einem Jahre eine runde Million auf die hohe Kante legen zu können.

Mit diesem Schritt beginnt eine neue Phase im Dasein des Unternehmerbundes. Neben der finanziellen Kräftigung wird der Bund noch einen hohen organisatorischen Gewinn aus der Maßnahme ziehen. Es ist eine alte Erfahrung, daß höhere Beiträge die Mitglieder stärker an die Organisation fesseln. War der Unternehmerbund bisher in seinen größten Teilen ein ziemlich lockeres Gefüge von Ortsverbänden, die eine weitgehende Selbstständigkeit in der Gestaltung ihrer inneren Organisation hatten, so wird ihn die Reform seines Finanzwesens zu einer straffen zentralistischen Organisation machen, deren innere Festigkeit sich in der bedeutend gesteigerten Macht ihrer Zentralleitung ausdrücken wird. Diese Wandlung wird dem Bunde einen nicht zu unterschätzenden Zuwachs an Aktionskraft bringen. Sie wird aber auch noch etwas anderes bewirken: Die Berliner Unternehmerorganisation wird zum Bunde zurückkehren. Es ist nur ein Zufall, glauben wir, daß der gleiche Artikel der „Baugewerks-Zeitung“, der die „Finanzreform“ — die allerdings eine völlige Reform des Bundes ist — ankündigt, auch zugleich den Berliner Sezessionisten die Friedenshand entgegenstreckt. Nur ein Zufall, wollen wir annehmen; aber nichtsdestoweniger besteht zwischen beiden Angelegenheiten eine innere Verwandtschaft. Eine selbstständige Organisation der Berliner Unternehmer wäre möglich gewesen neben einem Arbeitgeberbunde, der nichts als die locker Verbundene der autonomen Orts- und Bezirksverbände war, sie kann sich aber nicht erfolgreich behaupten im Gegenatz zu einer das ganze Reich umfassenden straffen zentralistischen Organisation, wie es der Bund sich anstößt, zu werden.

Aus diesem Grunde werden die Berliner gern die Friedenshand des Bundes ergreifen, sie werden sich erst etwas zieren, man wird diplomatisieren und verhandeln.

wird haben und drüben „Mißverständnisse“ feststellen und das Ende vom Liede wird sein, daß Berlin mit Pauken und Trompeten ins Bundeslager zurückkehrt. Und kein anderer als der Herr Geuer wird die Berliner zurückführen, wenn er vielleicht auch nicht für jeden sichtbar sein wird. Das wird gar nicht lange dauern, wenigstens läßt der Artikel der „Baugewerks-Zeitung“ vermuten, daß man jetzt schon auf dem Wege der Einigung ist. Dies Blatt schreibt nämlich:

Für die Geschlossenheit des deutschen Baugewerbes und für den Eindruck auf die Außenwelt wird es ferner nicht gleichgültig sein, wie sich das Verhältnis des Bundes zum Berliner Verband gestalten wird. Berlin hat bekanntlich seinen Austritt aus dem Bunde zum 1. Januar 1911 angekündigt. Wir wiederholen kurz die Ereignisse, die zu diesem Schritte führten. Der Verband der Baugeschäfte hat, als das Baugewerbe nahezu in ganz Deutschland die Aussperrung vollzog, diese durch einen Sondervertrag vertrieben, den er mit den Gewerkschaften geschlossen hatte. Die Reichshauptstadt hatte damit ein unerwünschtes Beispiel gegeben, und sie war mit ihrem Vorgehen nicht allein geblieben. Besonders in die Augen fallen vor, die Berliner Sonderstellung erklärlich machen. Erst 1907 hatte es eine schwere Aussperrung bezw. Streik bestanden; die Abweigung gegen erneute Kämpfe war im Berliner Baugewerbe groß. Besonders die großen Gesellschaften und Geschäfte trugen Bedenken, ihre Kapitalien auf längere Zeit still zu legen und sich in der finanziellen Umwidlung ihrer Bauten stören zu lassen. Denn für den geschäftlichen Erfolg der Unternehmungen ist in Berlin mit seinen großen Bauobjekten das finanzielle Arrangement von größter Bedeutung. Außerdem ist der Berliner Verband der reinen Paß noch zwar ansehnlich, im Verhältnis zum Umfang des Berliner Baugewerbes aber nicht ausschlaggebend. Der Berliner Verband hätte befürchten müssen, daß, wenn er auch den Versuch gewagt hätte, es ihm dennoch nicht gelungen wäre, eine wirksame Aussperrung in Berlin durchzuführen. Die Leitung des Deutschen Arbeitgeberverbandes veranlaßte die schwierige Lage Berlins nicht und trug ihr in ihren Entschlüssen Rechnung. Da aber erschien eine Schrift des Berliner Verbandes, in der er nicht bloß sein Verhalten während der Aussperrung zu rechtfertigen und aufläuternde Versuche, sondern auch erhebliche Vorwürfe, und zwar gegen den Bund selbst, erhob. Die Folge war, daß die Generalversammlung des Bundes in Halle beschloß, dem Berliner Verbande den Austritt aus dem Bunde nahelegen, und daß ferner der Bund eine Gegenschrift erscheinen ließ, in der er die Angriffe auf ihn zurückwies. Der Berliner Verband hat nunmehr, wie gesagt, seinen Austritt aus dem Bunde angekündigt. Die Nachricht hieron lief zufälligweise auf dem Innungsverbandstag in Danzig gerade in dem Augenblick ein, als Baurat Ente über die Aussperrung berichtete und dabei auch auf die Berliner zu sprechen kam.

Die Mitteilung von dem Ausscheiden Berlins wurde von der Versammlung zwar zunächst mit einem „Gravo“ aufgenommen, doch verhielten weder der Redner, noch der Vorsitzende des Innungsverbandes, die zugleich Vorsitzende des Arbeitgeberbundes sind, ihr Bedauern zum Ausdruck zu bringen, daß es so weit kommen mußte. Wie aus dem betreffenden Schreiben des Berliner Verbandes zu entnehmen ist, rührt die Denkschrift, die dem Verband der Baugeschäfte betragt worden ist, nicht aus der Feder eines der Leiter des Verbandes her. Wenn auch die Vorstandsmitglieder sie gelesen und gebilligt hatten, so weiß man doch, daß die Genauigkeit der Durchsicht eines Schriftwerkes um so mehr leidet, je umfangreicher es ist und je größer die Zahl derer ist, die es anzusehen haben. Ferner ist in dem Schreiben ausdrücklich betont, daß der Bund in jener Veröffentlichung nicht habe angegriffen werden sollen. Der Bund wird die Erklärung insoweit angenehm empfinden dürfen.

Eine Verstimmung ist zwar zurückgeblieben. Aber wer weiter schaut, weiß, daß sie einmal wieder weichen müssen. Die Notwendigkeiten der Zukunft werden uns wieder mit Berlin zusammenschließen. Der Bund ist dabei in der angenehmeren Lage, er ist der stärkere Teil und kann abwarten. Denn daß er einen Kampf auch allein führen kann, hat er bewiesen. Berlin müßte es erst noch beweisen. Besser aber und sicherer wäre, wenn es solchen Beweis nicht erst veruchte. Der Bund hat keinen Anlaß, die Lage Berlins zu erschweren. Der Verband der Baugeschäfte aber sollte sich bestimmen, ob er den Vorwurf auf sich nehmen will, daß Berlin nicht mehr mit Deutschland geht, und daß Deutschlands Interessen nicht mehr die seinen sind.

In diesen Sätzen ahnt man nicht bloß die Hand des begünstigten Diplomaten, nein, man fühlt sie förmlich. Jetzt plötzlich versteht man Berlins Zurückhaltung von der Aussperrung! Jetzt erkennt man die „schwierige Lage“; jetzt findet man in der Denkschrift der Berliner, über die man erst schämte und raste, bloß noch „erhebliche Vorwürfe“; jetzt „bedauert“ man den Konflikt, den man in Dresden und Halle mit schrillen Kampftönen begrüßte; jetzt hat man die bewußte Denkschrift bloß „verargt“ und ist beruhigt, daß sie „nicht aus der Feder eines der Leiter des Verbandes herrührt“. Man „empfindet es angenehm“, daß der Bund in dieser Schrift „nicht habe angegriffen werden sollen“! Aber man leidet noch an einer „Verstimmung“. Doch auch diese Verstimmung werden die, die „weiter schauen“, schon überwinden! Die „Notwendigkeiten der Zukunft“ usw. — man versteht es schon. Mit der „Interessengemeinschaft“ wird man schon einen Ausgleich herbeiführen, und was sonst noch Trennendes zwischen den Berlinern und dem Bunde steht, das wird die Zeit schon überwinden helfen.

Im Jahre 1913 wird der Bund aus andern Augen schauen, darauf können wir uns verlassen. Sapientia sat! (Dem Verstandigen ist es genug.)

Organisierter Klassenkampf.

II.

Zum ersten Male in der Weltgeschichte zeigt uns die Gegenwart die Tatsache, daß die proletarischen Schichten bewußt und planmäßig das soziale Gesetz der Organisation auf ihren Emanzipationskampf anwenden. Dieses wichtige soziale Gesetz geht den Massen immer mehr in Fleisch und Blut über; was sie früher nur instinktiv empfunden und tastend gesucht haben, das steht heute klar und deutlich vor ihnen: daß man sich zusammenschließen muß, wenn man etwas erreichen will. Und sie werden sich auch der Notwendigkeit bewußt, daß die Organisation Opfer fordert, daß der organisierte Arbeiter Disziplin im Leibe haben, daß er Solidarität üben muß. Der einzelne muß sich dem ganzen unterordnen, er muß auf einen Teil seiner persönlichen Freiheit verzichten, wenn dies der Zweck der Organisation erheischt.

Jede Organisation bedarf mit Notwendigkeit einer Leitung, wenn sie etwas leisten soll, und darum schafft sich jede Organisation ganz von selbst Führer, die den Weg weisen und die zweckentsprechenden Mittel anwenden. So haben sich denn auch die Arbeiterorganisationen Führer erwählt, die im Kampfe vorausgehen und das Banner vorantreiben sollen. Im Zeitalter der modernen Demokratie sind diese Führer natürlich keine unbeschränkten Herren, die aus eigener Machtvollkommenheit nach Willkür schalten und walten, sondern sie sind die Träger und Vollzieher des Kollektivwillens; sie verkörpern gewissermaßen in ihrer Person das Fühlen und Streben der Masse, sie bilden den Kopf der Armee des kämpfenden Proletariats. Daneben tragen sie aber auch nach außen hin die Verantwortung für alle Aktionen, die ihre Organisation unternimmt. Hieraus erklärt sich die Schwierigkeit ihrer Aufgabe und die Unabbarkeit ihrer Stellung: sie sollen Mut und Kaltblütigkeit besitzen und die Massen zum Kampfe anfeuern, sie sollen aber auch die eigenen und die feindlichen Streitkräfte gegeneinander abwägen und Vorsicht walten lassen; denn wenn eine Aktion fehlschlägt, so sind sie die Prügelknaben. Und da ihre Kollegen oder Genossen verschiedenen Temperaments sind, so befinden sich die Führer meistens zwischen zwei Feuern, indem sie den einen zu ungestüm vorgehen, während sie in den Augen der andern zu schlapp und feige sind. Daher ist das Schimpfen auf die Führer ein so beliebter Sport, den besonders jene Leute mit Virtuosität betreiben, die sich an radikalen Phrasen heraussuchen, aber vor jeder positiven Arbeit zurückweichen.

Es wäre ja ganz nett, wenn die Arbeiterorganisationen ohne Führer auskommen könnten, aber leider ist dies heute und in absehbarer Zeit undenkbar. Solange wir Massenbewegungen haben und einen organisierten Kampf führen, solange müssen wir auch die Führer — als ein notwendiges Übel — mit in den Kauf nehmen. Denn bis jetzt ist noch kein Weiser aufgestanden, der uns gezeigt hätte, wie eine Armee ohne Führer kämpfen und siegen könnte. Damit sagen wir einem vernünftigen Arbeiter wohllich nichts neues, und es ist fast eine Trivialität, die Notwendigkeit einer Leitung zu betonen. Wenn wir es trotzdem tun, so veranlaßt uns hierzu der Umstand, daß sich in neuerer Zeit wieder ein Zug bemerkbar macht, der die Diskreditierung der Führer mit einem Eifer betreibt, der einer besseren Sache würdig wäre. Doch wir wollen aus unserm Herzen keine Würdegrube machen, sondern mit wünschenswerter Deutlichkeit einen Typus vorführen und an ihm unsere Auffassung vom organisierten Klassenkampf erläutern.

Die bekannte sozialdemokratische Schriftstellerin Rosa Luxemburg erblickt in dem unorganisierten Klassenkampfe ihr Ideal, und für diese unserer Meinung nach längst überlebte Kampfesweise macht sie seit Jahren eifrig Propaganda. Da jeder Mensch aus seiner Umwelt heraus zu erklären ist, so versteht man erst die Auffassung der Genossin Luxemburg über proletarische Kampfesmethoden, wenn man weiß, daß sie aus Russland stammt und in russischen Anstaltungen aufgewachsen und steden geblieben ist. Russland ist das Land des unorganisierten Klassenkampfes, es ist ein Land, wo das Proletariat wahre Wunderkuren an Begeisterung und Gelbennut vollbracht hat. Aber bislang sind diese Opfer ohne Erfolg geblieben, was jeder nüchtern Beobachter der Verhältnisse ohne weiteres zugeben muß. Rosa Luxemburg liebt es allerdings, die Erfolge des russischen Proletariats im hellsten Licht erstrahlen zu lassen. Auf dem Mannheimer Parteitage rief sie begeistert aus: „Das russische Proletariat ist in die Revolution ohne die Spur einer Organi-

sation eingetreten (?) und heute ist das ganze Land mit kräftigen Organisationen bedeckt.“ Die Errungenschaften dieser Organisationen sind — wenn man der Genossin Luxemburg glauben darf — ganz wunderbar; im Handumdrehen erkämpften sich die russischen Arbeiter den Achtundtags, wesentliche Lohnverbesserungen und sogar das Mißbestimmungsrecht in den Werkstätten. Was den deutschen Arbeitern in einer mehr als vierzigjährigen Organisationsarbeit nicht gelungen ist, das bewältigten die unorganisierten russischen Arbeiter mit spielender Leichtigkeit. Und darum ruft die Genossin triumphierend aus: „Seht und staunt, was die revolutionäre Begeisterung vermag im Gegensatz zu dem regelten Schneckengange der Organisation!“ Dieser Ruf hat eine verteilte Ähnlichkeit mit dem dramatischen Worte des Räubers Karl Moor: „Das Gesetz hat noch keinen großen Mann gemacht, aber die Freiheit brüht Kolosse und Extremitäten aus!“

Was Rosa Luxemburg mit ihrem Vergleich befragen will, ist ohne weiteres klar. Wir wollen zu ihren Gunsten annehmen, daß sie sich von ihrem Temperament fortzureißen läßt und die Tragweite ihrer sogenannten Beweisführung nicht kennt, denn andernfalls müßten wir in ihrer geschäftigen Propaganda des Nihilismus und in ihrer fortwährenden Verteilung der Erfolge der Organisationen eine bewußte Schädigung der deutschen Arbeiterbewegung; wenn nicht gar etwas noch Schlimmeres erblicken. Und dabei ist ihre „Beweisführung“ bereits durch die Tatsachen widerlegt worden. Die großartigen Erfolge des russischen Proletariats waren Eintagsfliegen und sind längst wieder in alle Winde verweht; die über Nacht entstandenen Organisationen sind zertrümmert und auch das russische Proletariat wird lernen müssen, daß sich nur auf dem Wege der zähen, unermüdbaren Organisierung und Aufklärung der Massen dauernde Erfolge erzielen lassen, und auch in Russland wird sich die Wahrheit des Satzes bewähren, daß der unorganisierte Klassenkampf nur negativ, sagen wir einmal wegräumen, wirken kann, während der positive Aufbau nur mit Hilfe starker Organisationen möglich ist.

Aber auch selbst dann, wenn das russische Proletariat dauernde Siege erringen hätte, so wäre es doch total falsch, die Kampfesweise der Russen den deutschen Arbeitern als nachahmungswertes Beispiel hinstellen zu wollen. Was uns an der russischen Revolution musterhaft erscheint, das ist der begeisterte Opferrmut, mit dem die Kämpfer ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, darüber hinaus aber wüßten wir nicht, worin das Vorbild bestehen sollte. Das russische Proletariat war unorganisiert und regellos, es war wirtschaftlich und geistig rückständig, und durch die Verzweiflung wurde es in den Kampf getrieben. Das deutsche Proletariat hat sich machtvolle Organisationen geschaffen und sich den Rechtsboden erkämpft, auf dem es immer festeren Fuß faßt; es hat wirtschaftliche Vorteile errungen und Aufklärung geschaffen; das proletarische Selbstbewußtsein treibt immer leuchtendere Blüten. Daß ein solches Proletariat den Kampf anders führen muß, als das russische, ist doch selbstverständlich. Und wenn die Genossin aus Russland noch so laut und konsequent die großartige Revolution ihrer Landsleute als „die Lehrmeisterin der revolutionären Bewegungen des Proletariats auf Jahrzehnte hinaus“ bezeichnet, so mag man ihre Dreistigkeit bewundern, mit der sie die deutschen Proletarier schulmeister, aber Glück wird sie mit ihrer Propaganda nicht haben. Die klaffenbewußten Arbeiter Deutschlands haben keine Lust, das Pferd am Schwanz aufzukäumen und mit unorganisierten Massen Vorstöße zu unternehmen; sie sind mit ihrem alten Führer Bebel der Meinung, daß in noch viel höherem Maße agitiert und organisiert werden muß, „damit wir im gegebenen Moment unsere disziplinierten Massen, die die undisziplinierten fortziehen sollen, in der Hand haben, so daß keine Dummheit gemacht wird.“ Also organisierten Klassenkampf empfiehlt Genosse Bebel, der doch sicher auch etwas von der Sache versteht.

Der Parteitag der Sozialdemokratie.

Von der Tagesordnung des Magdeburger Parteitages erwidern von vornherein nur drei Punkte größeres Interesse: die Budgetbewilligung in Baden, die Frage der preussischen Verfassung und die Stellung zum Genossenschaftswesen. Und von diesen dreien nahm wiederum der erste Punkt die größte Anteilnahme für sich in Anspruch. Von den übrigen Beratungsgegenständen — Vorstandsbericht, Maifeier, parlamentarischer Bericht, Reichsversicherungsordnung, internationaler Kongreß — wußte man, daß sie wenig besonders wichtige Debatten und Beschlüsse veranlassen würden. Diese Punkte sind ja alte Bekannte, die selten schwerwiegende Fragen aufwerfen. Zur Reichsversicherungsordnung ließ sich in diesem Stadium nur wenig sagen und noch weniger tun. Zum Teil trifft das auch auf die Frage der preussischen Verfassung; auch hier blieb nichts Neues zu sagen; hier handelte es sich nur um das ernste und feierliche Gelächris der Gesamtpartei,

den Kampf für die Neugestaltung des preussischen Staates mit gesteigerter Kraft weiterzuführen. Die Umstände erforderten es, daß sich der Parteitag auch gegen die Fortsetzung auf die Anwendung bestimmter Kampfmittel wehrte, wie sie von der Genossin Luxemburg gefordert wurde. Glücklicherweise war dies möglich, ohne daß dadurch die grundsätzliche Erklärung des Parteitages eine Schwächung erlitt. Sämtliche Debatten den Eindruck einer Schwächung zurückzulassen, so wäre es Aufgabe der Massen gewesen, diese Entlassung zu korrigieren, wozu ihnen die Diskussion der folgenden Wochen reichliche Gelegenheit geboten hätte. Das ist nun glücklicherweise nicht eingetreten, und wir können darum hoffen, daß die Behandlung der preussischen Frage auf dem Parteitage den Verfassungskampf beleben wird.

Die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung dagegen verdient in Wirklichkeit eine gründliche Nachprüfung. Die Genossenschaften, d. h. die Konsumgenossenschaften sind aus zweifachen, kleinbürgerlichen Gebilden mächtige Organisationen der Arbeiterklasse geworden. Einst der Spott des großen Kaffalls, haben sie sich langsam die Aufmerksamkeit der Arbeiter erworben, haben sich in der Hand der Arbeiter geweitet und entwickelt, ihre Wesenszüge gewaltig geändert und zeigen dem Soziologen, der der Zukunft fernem mit seinem voraussehbaren Urteile meistens will, ungeahnte Möglichkeiten. Die sozialdemokratische Partei hatte die Genossenschaften nie verworfen, aber man schätzte sie als Palliativmittel eben nicht besonders hoch. Je mehr sich jedoch die Arbeiterklasse die genossenschaftliche Praxis aneignete, um so mehr sah man ein, daß ein solcher Standpunkt der Bedeutung der Genossenschaften nicht gerecht wurde. Die glanzvolle Entwicklung der Genossenschaften im letzten Jahrzehnt, wie sie sich besonders in Sachsen und Hamburg vollzog, zeigte dann überall, daß man sich erneut über den Wert der Genossenschaften für den allgemeinen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse orientieren müsse. Der internationale Kongreß in Kopenhagen war dem deutschen Parteitage darin vorangegangen. In Magdeburg wurde man sich bald einig, indem man den Bahnen des internationalen Kongresses folgte. Wir wollen diese Resolution im Wortlaut wiedergeben:

„Bei der Bewertung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht.“

Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgüter, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breitesten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenstufens in Konsumtengenossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse beden, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und vor deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Not- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebertragung zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumtengenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampf sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassenverhältnisse wächst ihre Bedeutung in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmsweise Bestimmungen und schlanke Verwaltungsmaßnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwicklung zu hemmen. Die gleichen Freie haben ebendam die Gründungen von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel zur Lösung der sozialen Frage empfohlen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumtengenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats; denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“

Auch in diesem Falle wird man von dem Beschlusse des Parteitages eine Förderung der Sache erwarten können. Anders allerdings verhält es sich mit der Entscheidung in der meistumstrittenen Frage, auf die sich das geplante Interesse aller politisch bewegten Kreise richtete, in der Frage der Budgetbewilligung. Wir hatten in unserem Artikel in Nr. 38 mit Recht erwartet, daß man wieder den Anträgen auf Ausschluß der bürgerlichen Landtagsgenossen, noch den auf Aushebung der Münchener Resolution stattgebe. Diese Erwartung ist eingetroffen, nicht aber die andere, daß man bei den Debatten und Beschüssen in Magdeburg die entscheidungsschwere politische Situation berücksichtigen werde, vor der die Partei steht. Eine solche Rücksicht läßt der Magdeburger Parteitag beinahe gänzlich vermissen. Die Referate und auch die Ausführungen der meisten Debattierenden waren zwar sachlich, aber oft klug aus ihnen eine solche Energie, daß man zweifeln mußte, ob es sich wirklich noch um Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der gleichen Partei handelte. Das läßt sich nur so erklären, daß die meisten Delegierten mit ferigem Urteile zu dem Parteitage gekommen waren, so daß sich niemand die Mühe gab, die Gründe des gegnerischen Teiles zu würdigen.

Die Entscheidung des Streites liegt in der Annahme einer von Bebel im Auftrage des Vorstandes beschriebenen Resolution und eines Zusatzantrages, der für die Verletzung dieser Resolution das Ausschlußverfahren androht. Die Resolution lautet:

„Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch die Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.“

Der Parteitag erbricht deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badijischen Landtages eine bewußt herbeigeführte große Mächtigkeit der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefassten Parteitagebeschlüsse und eine schwere Verletzung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrechterhalten werden kann, wenn sich alle Parteimitglieder den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mächtigkeit der Parteitagebeschlüsse ist ein der schärfsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.“

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badijischen Landtage das Budget bewilligt haben, die allerhöchste Mißbilligung aus.

Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höflichen Zeremonien und monarchischen Sozialitätsübungen für unvereinbar mit unsern sozialdemokratischen Grundätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben.

Die Annahme dieser Resolution erfolgte im ersten Wahlgang mit 266 gegen 108 Stimmen, in den übrigen Teilen mit 301 gegen 71 und in der Gesamtstimmung mit 289 gegen 80 Stimmen. Der Zusatzantrag, der erst nach Schluß der Debatte eingebracht worden war, nachdem man einen andern Antrag, der sachlich das gleiche bezweckte, zurückgezogen hatte, führte zu einem heftigen Zusammenstoß der beiden Richtungen. Die süddeutschen Genossen verlangten Verabredung, um zu dem neuen Antrage, der noch gar nicht verhandelt war, Stellung nehmen zu können. Dies Weggehen war um so mehr berechtigt, da es schon spät am Abend war. Die Mehrheit — die komfakte Majorität würde Heben sagen — bestand jedoch auf sofortiger Erledigung. In mitternächtlicher Stunde, zwischen elf und zwölf Uhr, wurde dann wirklich der Antrag erledigt — aber die süddeutschen Genossen hatten zuvor unter Protest den Saal verlassen. Noch jetzt himmeln 84 Delegierte gegen diesen Antrag. Unter ähnlichen Umständen wurde einst im Reichstage das Zolltarifgesetz von einer zum äußersten entschlossenen Mehrheit getalmsam durchgesetzt. Am folgenden Tage sollte der wieder vollständige Parteitag seine Beratungen fort.

Zu dieser Entscheidung ist zunächst zu sagen, daß sie keine ist. Die Frage der Budgetbewilligung ist nicht gelöst, sie wird wieder auftauchen und vielleicht sehr bald und wird die Partei zwingen, sich auf andere Weise mit ihr auseinanderzusetzen. Es gibt nur eine Möglichkeit, die grundsätzlich ablehnende Stellung aufrechterhalten, und die wäre gegeben, wenn unser Maximum aufstiehe, wenn die Partei es nicht zu größerer Bedeutung in den Einzelparlamenten brächte. Aber da wir wachsen und wachsen wollen, dem öffentlichen Wesen immer mehr das Gepräge unserer Tätigkeit zu geben bemüht sind, so werden wir künftig sehr oft vor der Frage stehen, ob wir das in den Einzelheiten Erwünschte durch die Zustimmung über das Gesamtbudget anerkennen oder verweigern wollen. Selbst wenn man annimmt, daß die Budgets nur sehr selten wesentliche Schritte unserer Forderungen enthalten werden, muß man doch die Freiheit haben, so oder anders zu stimmen. Erst die Freiheit der Abstimmung macht diese zu einer Demonstration. Eine Ablehnung, die automatisch, unbeschuen um den Inhalt des Budgets, erfolgt, gleich, ob das Budget den Volksinteressen entgegenkommt oder sie außer acht läßt, muß wirkungslos bleiben, da sie aufhört, ein Maßstab für den Wert oder Inhalt des Budgets zu sein. Dagegen muß eine Ablehnung, die sich aus dem wirklichen Inhalt des Budgets herleitet, dem Volke zeigen, wie wenig die Regierung und die Mehrheitsparteien seine Interessen achten, und muß darum agitatorisch wirken. Darum können wir die jetzt beschlossene grundsätzliche Bindung als für die Partei fäherlich nicht ansehen.

Sodann aber kann man den so oft mit Empfange verkündeten Grundsatz, dem Klassenstaate keine Mittel zu bewilligen, überhaupt nicht praktisch durchführen. Im Reichstage wie in den Einzelstaaten haben unsere Vertreter dem Klassenstaate schon manchen Million bewilligt. Bei der Finanzreform im Reiche stimmte die Sozialdemokratie für die Erbschaftsteuer, und die da geforderten 50 Millionen bewilligte sie — dem Klassenstaate. In der Hamburger Bürgerlichkeitsvertretung traten die Sozialdemokraten gegenüber den Vertretern des Kleinbürgertums für eine Erhöhung des Steuerfußes ein, der dann auch mit ihrer Hilfe durchging. Man sieht, der Grundsatz, dem heutigen Staate keine Mittel zu bewilligen, verträgt sich mit der parlamentarischen Praxis nicht; wer diese will, darf sich nicht grundsätzlich binden, keine Mittel zu bewilligen, sonst kann es die politische Konstellation so fügen, daß die Vertreter des Proletariats die Geschäfte der feuerreichen Sunter befragen.

Man muß sich bei dieser Frage einmal darüber klar sein, daß die absolute, unterfäherlose Verweigerung der zum Staatshaushalt nötigen Mittel nicht unser Grundsatz sein kann, weil sie sich nicht mit dem Parlamentarismus verträgt. Wenn wir das Parlament überhaupt als Werkzeug des politischen Kampfes anerkennen, dann müssen wir es in einem Wesen entsprechend benutzen. Das führt uns auf eine Weite, daß nämlich die Methoden der parlamentarischen Arbeit nicht überall und nicht zu jeder Zeit die gleichen sein können oder zu sein brauchen. Das ist eine solche

Selbstverständlichkeit; daß man eigentlich nicht nötig haben sollte, sie auszusprechen. Und doch ist ihr Aussprechen nötig, doppelt nötig, nachdem die Mehrheit des Magdeburger Parteitages diese Selbstverständlichkeit aus der Partei verwiesen hat. Der von der Mehrheit gefasste Beschluß schreibt ja die Methode der parlamentarischen Arbeit für alle Zeiten und für die Parlamente aller deutschen Bundesstaaten vor und bezieht sich ausdrücklich auf den Ausschluß aus der Partei. Trotz der großen Mehrheit, die für die Resolution vorhanden war, glauben wir nicht, daß diese sehr lange Geltung haben wird. Es muß schlechterdings als eine Unmöglichkeit erscheinen, für sämtliche deutsche Bundesstaaten eine einheitliche Linie aufrecht zu erhalten, sobald man sich die Verschiedenartigkeit ihrer staatlichen und parteipolitischen Verfassung vergegenwärtigt. Neben Ländern mit einem ziemlich freibürgerlichen Wahlrecht und einer starken sozialdemokratischen Vertretung, wie Baden, Württemberg und Bayern, haben wir andere mit Klassenwahlrecht, wo wir kaum mehr als eine Schwandacke hineinzubringen vermögen (Preußen), und wieder andere, in deren Parlamenten überhaupt kein Arbeitervertreter eintreten kann. Daneben haben wir in Sachsen ein auf Grund eines Ruralwahlrechts gewähltes Parlament, in dem ein Drittel der Abgeordneten aus Sozialdemokraten besteht. Wir haben in Bayern Parteibestimmungen, die in der Begrenzung des Zentrums wieder ganz andere taktische Aufgaben stellen als beispielsweise in Hamburg, wo die Zusammensetzung der Mehrheit sehr häufig wechselt. Mit einem Worte: das Kampffeld in den gegebenen Körperstätten der Einzelstaaten ist so gewaltig verschieden, daß es schon aus dem Grunde unmöglich ist, einheitliche Arbeitsmethoden festzulegen. Und darum sollte sich die Partei damit begnügen, die Einheitlichkeit der Ziele festzuhalten. Die auf den unbefangenen Betrachter der Magdeburger Verhandlungen muß es befremdlich wirken, daß man einen von 113 Delegierten gestellten Antrag auf Einsetzung einer Kommission zum Studium der Frage der Budgetbewilligung ablehnte. Denn wenn es der Mehrheit wirklich darum zu tun war, eine gewissenhafte Entscheidung herbeizuführen, so zeigte gerade dieser Antrag einen Weg dazu. Für die Ablehnung dieses vorher in der Meinen Zeit empfohlenen Antrages findet man eine Erklärung nur in dem festen Willen der Mehrheit, der Minderheit eine derbe Lektion zu verabfolgen. Die konkrete Frage war ganz zurückgetreten, man wollte die Richtung beurteilen. Und das ist die allerbedeutendste Erscheinung, die sich nachher noch in verlegenden „Sieges“-artikeln mehrerer Parteiblätter offenbarte. Wirklich, uns liegt ein Gefühl unfaßlicher Bitterkeit auf, als wir an denken, daß wo man in Magdeburg die Geschlossenheit der Gesamtpartei im Kampfe gegen die preussische Reaktion feierte, in mehreren Parteistädten die Triumpfartikel über den Sieg der komfakten Majorität des Parteitages lagen. Kein Genosse, dem die Einheit der Partei wirklich am Herzen liegt, kann ein solches Verhalten billigen. Nicht durch verlegenden Hohn über die ins Unrecht gesetzte Minderheit, sondern nur durch fernerdschaftliche Verständigung läßt sich wieder gut machen, was die Budgetdebatte der Geschlossenheit der Partei geschadet hat.

Wie nötig auch eine geschlossene Kampffreie des deutschen Proletariats ist, erhebt aus dem Schriftstück, daß der Genosse Limberg es vor dem Parteitag zur Verlesung brachte. Es war dies ein Korpsbefehl des früheren Kommandierenden Generals v. Bissing in Münster, der wahrlich dazu angetan ist, wahrte Sarkritungstürme zu entfehlen. Es erscheint ganz fraglos, daß dieser Befehl auf Instruktion von höchster Stelle zurückzuführen ist; denn er charakterisiert treffend den Geist unserer Regierung und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse.

Wörtlich heißt es nach dem Genossen Limberg in dem Zirkular:

„Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller aufreißerische Tendenzen der folgenden Mäler und die Verfassung der Redakteure sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannter Personen ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten. Die Festnahme dieser Personen wird vielleicht noch von der Polizei durchgeführt werden können, wahrscheinlich wird sie zum mindesten durch Militär gebedt werden müssen. Nebenfalls müssen die Festgenommenen der Militärbehörde übergeben und von dieser so bald wie möglich in Sicherheit gebracht werden.“

Alle Versammlungen werden verboten und gerade beim Beginn aufreißerischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widerspählichkeit im Keime erstickt werden. Nichts ist gefährlicher als sögende Maßnahmen. Abwarten bringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken, während Angriff und Kampf ihre Gesinnung befestigt.“

Es folgen weitere Vorschriften zur Sicherung der Truppentransporte. Es heißt da:

„Für den Fall des Eisenbahnausfalldes sind ja Vorkehrungen bereits getroffen.“

Für die Verwendung der Truppen im Straßenkampfe gelten folgende Bestimmungen: Infanterie soll zusammen mit Kavallerie vorgehen. Ein frontaler Sturm auf Barrikaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie soll vermieden werden, weil er sehr oft fehlschlägt. Die Infanterie soll schichtweise vordringen und zwar durch die Häuser durch Einfassungen der Wände, durch Höfe, Gärten, über Dächer. Beim Marsch in den Straßen ist es zweckmäßig, in Reihenkolonnen auf beiden Seiten der Straße zu marschieren. Gelandete Schützen sind vorzunehmen, um nötigenfalls Feuer aus den Fenstern heraus wirksam erwidern zu können. Maschinengewehre und Artillerie sind stets zugeweiht, etwa jedem Bataillon ein Zug zuzustellen.“

Sicherlich wird dies ungeheuerliche Schriftstück noch zu weiteren Erörterungen führen und das böllige Parteigeschreiben der Verfassungsgesetze, die den Abgeordneten nach Artikel 31 der Verfassung die Unvergleichlichkeit sichern, wird im Reichstag zweifellos

zum Anlaß genommen werden, bessere Garantien für die Rechte der Volksvertreter zu schaffen.

Für die politische Situation im Reich ist wertvoll, was der Vorsitzende des Parteitagcs, Genosse Dieb, in seiner Schlussrede sagte:

Wenn die Liberalen uns zu diesem Kampfe als offizielle Bundesgenossen haben wollen, so sehen sie den Wald vor lauter Bäumen nicht. Es existiert keine ernsthafte liberale Forderung, die nicht von unserer Partei leidenschaftlich vertreten wird, mit einer Leidenschaft, von der bei den Liberalen äußerst wenig zu merken ist.

Damit bekannte sich der Parteitag zu dem Gedanken einer geschlossenen Front gegen die Reaktion des schwarzen Blocks. Dieser Gedanke, in die Praxis übertragen, wird die heftigste Zerstückelung des Junkerregiments in Preußen-Deutschland besleunigen.

Politische Umschau.

Zur Stichwahl in Frankfurt-Debus. — Die Wahlprüfungen des Reichstages. — Knappschäftsältestenwahlen im Ruhrrevier und das Zentrum. — Vom sozialdemokratischen Parteitag. — Streikgefahr bei der französischen Osbahn. — Drohender Generalstreik der englischen Bergarbeiter.

Wenn diese Nummer unseres Blattes in die Hände der Leser gelangt ist, wird bereits darüber entschieden sein, ob der zweifelhafte Sozialdemokrat in den Reichstag eingehen wird, oder ob der Nationalliberale Dr. Winter am 28. September mit Hilfe der Konserverativen und der großen Partei der Nichtwähler als Sieger aus der Stichwahl in Frankfurt-Debus hervorgegangen ist.

Wir dürfen uns der feilen Hoffnung hingeben, daß es den Sozialdemokraten mit ihrer rührigen Agitation trotz aller Wühlerereien und Pressionen der Gegner aus eigener Kraft gelingen wird, aus den eigenen Reihen so viel Wähler herauszuholen, um in der Stichwahl dem Genossen Haber zum Siege zu verhelfen, und das in der Hauptwahl heringebrochene Strafgericht am 26. September zu vollenden.

Damit hätte denn eine Reihe in der Geschichte aller Parteien beispiellos dahinstehende Wählergegriffe ihr Ende erreicht, durch die die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages einen Zuwachs von neun Mandaten zu verzeichnen hätte. Daß das Volksgesicht nicht noch in andern Wahlkreisen hereinbrechen konnte, ist durch die „Verteuerungs-gesellschaft auf Gegenzeitigkeit für brüchige und wurmstichige Mandate“ verhindert worden.

welche Mittel und Wege zu einer gründlichen Reform des Wahlprüfungsverfahrens führen.

Wie lockhart aus das direkte Interesse des Zentrums an der Tätigkeit der oben erwähnten „Verteuerungs-gesellschaft“ ist, wie stark selbst die Stellung dieser Partei im reichthümlich-wirtschaftlichen Industriegebiet durch die hierarchisch vordringende Sozialdemokratie gefährdet ist, davon gaben schon die Ende August dort vorgenommenen Sicherheitsmännerversammlungen, aus denen für den General-Kommission der Gewerkschaften angeforderten 11111 Vergarbeitsverhandlungen 1130 Mandate hervorgegangen, während es der Gewerbeverein nur auf 336 Mandate bringen konnte.

Wir Recht hat man diese Wahl als Vorspiel für die kommenden Reichstagswahlen angesehen, und so ist denn das Zentrum ob des Wahlverlustes in begrifflichen Joren geraten, daß es, wohl als Ausfluß seiner „christlich-sozialen Mächten“, die staatliche Grundbesitzverwaltung auffordert, die in den fiskalischen Angelegenheiten wohnenden Mitglieder des „alten Reiches“ aus aufs Pflicht zu ziehen. Also Grundbesitzer aus Wohnung und Arbeit als Strafe für die Verbandsangehörigen! Damit haben die Zentrumspolitiker wieder einmal bewiesen, daß sie als „Politik“ der Nation hinter dem „Mitteln“ an schamloser Brutalität nicht zurückstehen.

Die politische Zeit Saison, sofern man überhaupt in diesem schon im Zeichen der nächstjährigen Reichstagswahlen stehenden an parteipolitischen Erörterungen reichen Sommer davon reden kann, hat nun offiziell ihr Ende erreicht durch den Wiederzukunftstritt der Fuzikommision und der Kommission für die Reichsbergbauordnung und durch die sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg. Der Bedeutung, die die sozialdemokratische Partei sich als Machtfaktor in der politischen Welt erlangen hat entspricht es, daß dieser Tagung von allen Parteien das größte Interesse entgegengebracht wird.

Die Eisenbahnarbeiter der französischen Osbahn haben auf einem Kongreß in Epinal einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der die Teilnahme an Generalkonferenzen der Eisenbahner bedinglos verboten, falls das Nationalparlament der Eisenbahnangelegenheiten mit seinen Forderungen bei der Regierung und den Eisenbahndirektionen nicht durchdringe.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregulungen, Differenzen.

Deutschland:

Maurer:

- Bad Orb (Streik).
Barmen-Elberfeld (Sperrung über die Firma Vöpel in Coochhof bei Wulfrath).
Berlin (Sperrung über den Bau der Firma Martini-Nowawas in Wannsee, Schäferstrasse).
Bramsche (Streik).
Bublitz (Aussperrung).
Darmstadt (Sperrung über Val Hofmann in Griesheim).
Hagen (Sperrung über das Kalkwerk Letmatho).
Helmrechts b. Hof (Streik).
Laage (Streik).
Memel (Sperrung über Paul Belrendt).
Neuiges b. Barmen (Sperrung über Husemann).
Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fuhsbüttel).
Podejuch (Sperrungen über Rich. Kleinke und Wald. Berg in Podejuch, Herrn. Koch in Finkenwalde, Albert Kökelmann in Klütz und Aug. Saack in Retzowsfeldel).
Rendsburg (Sperrung über die Baugeschäfte in Duvonstedt).
Salzungen (Differenzen).
Soden-Salmünster (Sperrung über Ruppel & Klingenberg).

Tönishelde (Sperrung über das Baugeschäft Sandfort.
Westerland a. Sylt (Sperrung über die Arbeiten der Firma Matthieson).
Worpswede b. Bremen (Streik).

Fliessenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperrung über C. Lenz).

Isolierer und Steinholzleger:

Bremen (Differenzen).
Dresden (Sperrung über Grützweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).

Oesterreich:

Hallein, Schwochat, Strakonitz.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Nürnberg, Oldenburg, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Bspott verhängt.

Gau Frankfurt a. M.

Der Kampf in Bad Orb wird immer heftiger; das Unternehmertum sucht die Arbeiter abfolut niedezuguringen. In der Stadtbezirksordnungsversammlung regte man eine Vermittlung an, diese endete aber bei dem Gelnhauser Landrat mit einer Polizeiverordnung, nach der das gruppenweise Zusammenstehen usw. verboten ist. Zum Schiedsrichter und Vermittler in geverblichen Streitfragen eignen sich die Orber und Gelnhauser Polizeigeister wie der Hund zum Wächter eines Wurfladens. Das Stilllegen des Badehausneubaus macht den Herrschaften die größten Schmerzen. Bis jetzt gelang es nämlich den Unternehmern noch nicht, die erforderlichen Hausreiherrfollonen heranzuziehen. Die „Ruppels“ würden das ja gern noch bezanzogen, aber die Sperrung hindert sie am Einfellen weiterer Leute. Gänge Reviere hat man abgeputzt, Kimpar, Dieburg, die Ländlichen heffischen, preußischen und bayerischen Districte. Besonders sucht man den kleinen ländlichen Unternehmern, die jetzt mit ihren Arbeiten ziemlich zu Ende sind, den Mund wässrig zu machen und ihnen die Bauten zu übertragen. Auch der bekannte Streifbrecheragent Freymann, Berlin, Wiesenstraße 26, ist hier aufgetaucht. Dem Badehausneubau, der augenblicklich der größte ist, führt die Kur- und Badeausgesellschaft aus, an deren Spitze, oder besser gesagt, hinter der als Hauptaktionär der bekannte Zentrumsabgeordnete Müller-Julda steht, dessen kapitalistische Interessen eine rasche Fertigstellung des Baues erfordern. Am 21. September erkundigte er sich persönlich in Orb nach dem Stande der Dinge. Telephonisch erbat er sich aus Julda Maurer. Der Unternehmer Gregor Santuum vollendet dort das St. Josephheim. Die angegangenen Maurer, ausschließlich christlich organisierte Kollegen, lehnten aber das an sie gestellte Ansuchen, nach Orb zu gehen, glatt ab. Das Bestreben des „Zentrumsheiligen“ Müller-Julda zeigt dessen laienfreundliche Sozialpolitik in bestem Glange. Auch die Maurer der Firma Leinert aus Wolfen folgten nicht dem Rufe und den Lockungen ihres Unternehmers, eines Bundesgenossen von Schneeweis. Unsere Orber Kollegen stehen noch geschlossen und unergrüßert und werden nicht eher den Kampf aufgeben, bis der bis in die Wolken gehende Probenübermut des Unternehmers Schneeweis heruntergeholt ist.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Auf dem konstituierenden Verbandstage zu Leipzig sind folgende Kollegen in den Verbandsvorstand gewählt:

- L. H. Bönemburg, erster Vorsitzender,
G. Behrendt, zweiter Vorsitzender,
F. Kober, erster Kassierer,
W. Brandmohr, zweiter Kassierer,
A. Busch, dritter Kassierer,
Fr. Paeplow, erster Sekretär,
G. Wöhl,
C. Panzer,
A. Steinger,
G. Tönnies,
Alb. Töpfer

Zuschriften für den Verbandsvorstand sind bis zum 1. Januar 1911 an die Vorstände, der bestehenden Verbände zu richten. Der Verbandsvorstand. F. A. L. H. Bönemburg, G. Behrendt.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 2 (Bromberg).

Für die Zweigvereine der Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter in den Provinzen Westpreußen und Posen findet die konstituierende Gaukonferenz Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Suprynowski, Ralfstr. 23, Bromberg, statt. Jeder in den genannten Provinzen liegende Zweigverein ist verpflichtet, sich auf der Konferenz durch Delegierte vertreten zu lassen. Die Zahl der von den Zweigvereinen zu entsendenden Delegierten richtet sich nach den jeweiligen statistischen Bestimmungen der beiden Verbände. Die Wahl erfolgt getrennt nach Verbänden. Die Adressen der gewählten Delegierten sind gleich nach erfolgter Wahl dem zuständigen Gauvorstand mitzuteilen. Als Legitimation für die Delegierten gelten das Mitgliedsbuch, die Streikkarte und das vom Gauvorstand zu beziehende Mandat. Als Tagesordnung der Konferenz schlagen wir vor: Für Tagung der einzelnen Verbände: 1. Bericht des Gauvorstandes; 2. Anträge; Für die gemeinsame Tagung:

1. Der deutsche Bauarbeiterverband; 2. Konstituierung des Gaues; 3. Anträge. Alles weitere wird den beteiligten Zweigvereinen durch Mundschreiben bekanntgegeben.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A.: Jul. Gehl, Danzig, Dominikswall 8.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Bauhilfsarbeiter Deutschlands. J. A.: Mich. Wende, Danzig, Dominikswall 8.

Gau 4 (Breslau).

Im Anschluß an die Bekanntmachung der Vorstände des Maurer- und Bauarbeiterverbandes in Nr. 37 der Verbandsorgane berufen die Unterzeichneten hiernit zu Sonntag, 23. Oktober, vormittags 10 Uhr in das Gewerkschaftshaus in Breslau, Margarethenstr. 17, die konstituierende Gaukonferenz für den neuen Gau "Schlesien", ein. Berechtig und verpflichtet (siehe Statut § 7) Delegierte zu entsenden sind die Zweigvereine des bisherigen Gaues Breslau mit Ausnahme der Zweigvereine in der Provinz Posen, die Zweigvereine des bisherigen Gaues Götlich mit Ausnahme der Zweigvereine im Königreich Sachsen, und die Zweigvereine des bisherigen Gaues Oberschlesien; bei den Bauhilfsarbeitern die Zweigvereine der ganzen Provinz Schlesien. Ueber die erfolgte Delegiertenwahl ist dem bisherigen Gauvorstand unter Angabe der genauen Adresse des Delegierten Mitteilung zu machen. Die näheren Einzelheiten werden den beteiligten Zweigvereinen durch ein Zirkular bekanntgegeben.

Die bisherigen Gauvorstände des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A.: Heinrich Köhler, Breslau. Herm. Baube, Radowitz D. Schl. Herm. Kupke, Götlich. Der Gauvorstand des Zentralverbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter Deutschlands. J. A.: Julius Volkmann, Breslau.

Gau 7 (Erfurt).

Im Anschluß an die Bekanntmachung der Verbandsorgane in Nr. 37 unserer Verbandsorgane berufen wir hiernit die konstituierende Gaukonferenz zum Sonntag, 13. November, vormittags 9 1/2 Uhr, nach Erfurt, Restaurant "Nibel", Magdeburgerstr. 51, ein. Zur Teilnahme an der Konferenz sind alle Zweigvereine unseres Verbandes in folgenden Landesteilen verpflichtet: 1. Der Regierungsbezirk Erfurt der Provinz Sachsen; 2. das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach; 3. das Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha; 4. das Herzogtum Sachsen-Meiningen; 5. die Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt; 6. die Fürstentümer Reuß jüngere Linie; 7. der Kreis Schmalkalden der Provinz Hessen-Nassau. Die Konferenzen tagen vormittags getrennt nach Verufen, nachmittags tritt die konstituierende Gaukonferenz zusammen.

Als Tagesordnung der Vormittagsitzung schlagen wir vor: 1. Bericht des Gauvorstandes; 2. Anträge. Als Tagesordnung für die gemeinsame Tagung: 1. Der deutsche Bauarbeiterverband; 2. Konstituierung des Gaues; 3. Anträge. Wir ersuchen nun, die Wahl der Delegierten auf Grund des § 7 d. Stat. 5 des Statuts vorzunehmen und dem Unterzeichneten Namen und Wohnung der gewählten Delegierten mitteilen. Ihre Legitimation dient den Delegierten das Verbandsbuch mit der Legitimationskarte vor der diesjährigen Aussperrung und ein von der Ortsverwaltung des Zweigvereins auszufüllendes Mandat.

Der Gauvorstand. J. A.: Joh. Schenk.

Gau 9 (Cöln a. Rh.).

Laut Bekanntmachung in den Fachorganen soll die konstituierende Gaukonferenz Sonntag, den 30. Oktober, stattfinden. Wir berufen sie hiernit zu vormittags 9 1/2 Uhr nach dem Volkshause zu Cöln a. Rh., Zeverinstraße 199, ein. Alle Zweigvereine des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und des Zentralverbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter Deutschlands in nachfolgenden Landesteilen sind verpflichtet, auf Grund der statutarischen Bestimmungen dazu Delegierte zu entsenden: 1. die Rheinprovinz ohne die Kreise Merzig, Ottweiler, Saarbrücken, Carlsluis und St. Wendel; 2. das Fürstentum Birkenfeld. Die Tagesordnung lautet für die Maurer allein: 1. Bericht des Gauvorstandes und Kassenbericht; 2. Anträge. Für die gemeinsame Tagung: 1. Der Deutsche Bauarbeiterverband; 2. Konstituierung des Gaues; 3. Anträge.

Wir ersuchen die Mitglieder, zu dem Gautag Stellung zu nehmen und die Delegierten zu wählen. Ueber die Wahl zu den Gautagen und die Vertretung der einzelnen Zweigvereine betreffen wir auf die Bestimmungen des Statuts. Als Legitimation müssen die Delegierten das Mitgliedsbuch mit der Schlussmarke von der Aussperrung 1910 und das vom Zweigverein auszufüllende Mandat mitbringen; wer nicht beides in Ordnung hat, kann an der Konferenz nicht teilnehmen. Wir bitten die Zweigvereine, darauf vor den Wahlen aufmerksam zu machen.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A.: Ernst Muth, Vorsitzender.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter Deutschlands. J. A.: Christian Ahrens, Vorsitzender.

Gau 10 (Dortmund).

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in den Nummern 37 des "Grundstein" und des "Bauhilfsarbeiter" berufen wir hiernit die konstituierende Gaukonferenz nebst Vorkonferenz zum Sonntag, 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, nach dem

Restaurant "Siegfried" in Bielefeld, Siegfriedstraße, ein. Alle Zweigvereine des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und des Verbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter Deutschlands in der Provinz Westfalen und den Fürstentümern Schaumburg-Lippe, Lippe-Deimold und Waldeck sind verpflichtet, zu der Konferenz Delegierte zu entsenden. Die Wahl der Delegierten erfolgt getrennt nach Verbänden und nach den jetzt bestehenden statutarischen Bestimmungen beider Verbände. Als Legitimation haben die Delegierten auf der Konferenz ein vom Zweigvereinsvorstand auszufüllendes Mandat sowie das Mitgliedsbuch nebst Legitimationskarte für die Lohnbewegung 1910 vorzulegen. Näheres über die Tagesordnung usw. wird den Zweigvereinen durch Zirkular bekanntgegeben.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A.: Frih Kahl, Dortmund, Lessingstr. 32, 1. Et.

Der Gauvorstand des Verbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter Deutschlands. J. A.: Hermann Otto, Dortmund, Lessingstr. 32, 1. Et.

Gau 13 (Hamburg).

Auf Grund der in Nr. 37 des "Grundstein" veröffentlichten Bekanntmachung des Verbandsvorstandes berufen die Unterzeichneten die konstituierende Gaukonferenz zum Sonntag, 16. Oktober, morgens 10 Uhr, nach Neumünster ein. Alle Zweigvereine des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und des Zentralverbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter Deutschlands, die berechtigt sind, auf Grund der statutarischen Bestimmungen dazu Delegierte zu entsenden, werden in den nächsten Tagen alle Näheres durch Zirkular erfahren. Die Wahl der Delegierten erfolgt getrennt nach Verbänden; über die erfolgte Wahl ist dem zuständigen Gauvorstand unter genauer Angabe der Adresse der Delegierten Mitteilung zu machen. Die Delegierten müssen sich auf der Konferenz durch Mandat, Mitgliedsbuch und Legitimationskarte für die diesjährige Lohnbewegung legitimieren.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A.: Hugo Kober, Hamburg I, Wefenbinderhof 56, 2. Et.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der hauseigenen Hilfsarbeiter Deutschlands. J. A.: C. Gräning, Hamburg I, Wefenbinderhof 57, Zimmer 56.

Gau Bremen.

Druckfehlerberichtigung. In der Bekanntmachung des Gauvorstandes in der letzten Nummer hat der Druckfehler "Frankenstraße" gemacht. Es muß also heißen: Carl Hübbersen, Frankenstraße 21/22.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Abrechnungsformulare für das dritte Quartal sind dieser Tage versandt worden. Zweigvereine, die bis zum 1. Oktober nicht im Besitze der Formulare sind, müssen dies sofort melden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszusahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 12. bis 24. September für folgende Mitglieder erteilt:

- Joh. Angerer-München, 88 307; Ant. Weinzierl-Megensburg, 266 252; G. Lange-Bittenberg, 107 884; R. Töbe-Laage, 82 169; S. Nading-Hamburg, 27 284; J. Senz-Hamburg, 2715; W. Reissbacher-Reichenhall (Franz), 248 770; Albert Maas-Bernau, 419 666; Aug. Köpfer-Westen, 105 721; Aug. Zander-Dortmund, 504 743; Herm. Bach-Frankfurt a. M. (Franz), 401 087; E. Miß-Biesbaden (Franz), 48 478; R. Wieland-Berlin, 375 334; Friedr. Barthel-Leipzig, 36 142; Hermann Lucas-Leipzig, 37 841; Th. Mülder-Leipzig (Franz), 35 166; W. Hellring-Boisdan, 259 771; Franz Wunne-Dessau (Franz), 379 725; L. Gumny-Wedel (Franz), 27 490; W. Jesche-Kriebeil, 129 342; J. Hedendal-Nieding, 127 968; J. Eggerling-Wolfenbüttel, 108 304; Georg Klein-Strasburg i. E., 175 137; W. Wagner-Biesbaden, 48 301; Ferd. Wadmann-Gannover (Franz), 31 035; W. Wiesnewski-Posen (Franz), 44 132; P. Holtenträger-Mannheim, 90 725; Otto Kerlen-Beckand, 109 269; Herm. Priewe-Eintricht, 103 156; Gottf. Berger-Breslau, 115 829; Paul Dietrich-Freiburg i. S., 162 738; Paul Bötzger-Leipzig (Franz), 37 488; Rob. Herbe-Saatenberg, 337 750; Aug. Fischer-Berlin (Franz), 128 394; Friedr. Bauer-Spennid, 128 050; Jac. Jaruba-Hohenstein-E., (A. 13 012); Joh. Hügen-Hensburg, 46 503; A. Gudenberger-Wilzburg, 411 669; Franz Wadmann-Faltenstein, 75 079; Ernst Miß-Großhain, 19 822; Wlth. Köhner-Landesbut i. Schl. (Franz), 30 340; Joh. Humung-Rugsburg, 323 968; D. Frohndorfer-Hamburg, 30 511; Paul Kay-Hamburg, 76 320; S. Schilling-Dresden, 18 481; A. Vogel-Stendal, 102 338; S. Zarun-Mühlte, 75 732; G. Weigert-Strasburg i. Schl. (Franz), 376 307; R. Genuwitz-Stuttgart (Franz), 300 823; J. Ederbag-Coblenz, 484 205; A. Adam-Münster, 90 932; Andr. Steig-München, 425 199; S. Becker-Bonn, 352 490; G. Singer-Berlin (Franz), 343 034; Th. Thieme-Weienfels, 181 023; A. Abel-Strasburg i. Schl., 175 095; S. Mohr-Hoff i. S., 66 772; G. Reichmann-Galle, 25 205; J. Buch-Königsberg i. Pr. (Franz), 80 628; G. Fischer-Leipzig, 85 855; Edu. Schütz-Posen, 450 745; Fr. Langtiegler-Mühlberg, 349 358; Wilm. Ströb-Hilben, 227 033.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg I, Wefenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 20. bis 26. September 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Adm. A. 200, Kama 780, Hingsburg 800, Bergedorf 200, Bielefeld 1000, Bitterfeld 109,80, Wood 42,30, Braunschweig 800, Bremen 4000, Buzlau 250, Chemnitz 1500, Cuxhaven 79,91, Döbeln 200, Dortmund 1600, Eidershausen 2,39, Falkenstein i. Vogtl. 400, Fißha 753,15, Freiburg i. Br. 400, Frankenberg i. S. 24,70, Gera 800, Gnoien 150, Greif 600, Gronau 55,16, Großhain 800, Gumbinnen 800, Gubenstein-Gruthal 300,83, Heidelberg 800, Jüterbog 500, Kattowitz 800, Königs-Lutter 25, Lörach 25,80, Lüneburg i. S. 468,16, Riegnitz 800, Wilson 179,80, Witten 59,25, Wustrow 69,52, Romaues 800, Rugsburg 800, Strasburg 69, Sorau 700, Schweinfurt 200, Speyer 800, Strasburg 150, Siedenhofen 3,60, Schneidemühl 480, Salzdahlum 41,45, Stettin 420,65, Tremen 200, Wölflitz 160, Wittenberg (Bezirk Halle) 300, Wülflitz 15,25, Waldenburg i. Schl. 800, Zittau 1110,75, Zarenthin 18.

b) Für Futterale. Chemnitz A. 10, Fürstberg i. Meckl. 3.

c) Für Protokolle. Fürstberg i. Meckl. A. 4, Göttingen 10, Hamburg 302.

d) Für Anzeigen im "Grundstein". Preßburg (Oesterreich) A. 1,90.

Marken-Versand. Vom 12. bis 24. September sind Marken versandt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Korpogrammen, L = Sozialfondsmarken):

- Alt-Mühlstedt 500 B à 30 A, 10 E à 150. Nibing 400 B à 60. Alt-Damm 800 B à 60, 100 E à 150. Blinde 20 E à 50 A. Weigenburg 2 E à 150. Brate 10 E à 50. Burgstätt 100 B à 65. Bienenfahl 100 B à 60. Wahn 500 B à 50. Brandis 5 E à 150. Bodowitz 1000 B à 55. Bargeheide 200 E à 60. Bergedorf 400 B à 90, 1600 B à 80. Bernau 100 B à 60, 100 L à 15. Bramsche 400 B à 60. Barmen 10000 B à 75. Chemnitz 10000 B à 65 A, 20 B à 85. Coburg 2000 B à 55. Göppingen 500 B à 80, 10 E à 150. Geller 3000 B à 65 20 B à 50, 5 E à 150. Götzen 100 A à 25. Grotzen 1000 B à 45, 200 A à 25. Gumburg 1000 B à 50, 500 B à 65. Golsberg 1000 B à 55, 10 E à 50. Danzig 2000 K à 15 A. Dießen 300 B à 60, 100 B à 50. Deutsch-Billa 5 E à 300, 5 E à 150. Droßhig 400 B à 50, 5 E à 50. Döhlau 400 B à 55, 100 B à 70. Dorfen 150 B à 75, 50 B à 40, 10 E à 50. Eilenburg 2000 B à 65 A, 100 B à 45, 50 A à 25. Eßwege 2000 B à 55. Eggenin 100 B à 50. Eybshäusen 200 B à 50. Fehrenberg 10 E à 50 A, 5 E à 150. Freiburg i. S. 1000 B à 65, 200 B à 45. Friedeburg 100 B à 80, 50 A à 25, 5 E à 50. Freudenstadt 20 E à 50. Frankenberg i. S. 25 A à 25. Freiburg i. Br. 500 B à 70. Großwig 400 B à 45 A. Gummersbach 100 B à 65. Genthin 500 B à 50, 50 B à 60, 50 B à 70, 10 B à 45. Gethain 300 B à 45. Gollnow 500 B à 50. Groß-Bubitz 200 B à 60, 50 B à 45, 50 A à 25. Glanbach 1400 B à 55, 400 L à 10. Goraß 100 B à 50. Gennigsdorf 300 B à 75 A, 50 B à 85, 50 A à 25. Hameln 800 B à 65, 800 B à 55, 800 B à 50. Hohenalza 600 B à 55. Heringen 200 A à 25. Habelberg 300 B à 50. Heide 1200 B à 75, 800 B à 65. Ingolstadt 600 B à 50 A. Karlsruhe 4000 B à 70 A, 1200 B à 50, 100 K à 10. Kranichfeld 400 B à 50. Kitz 200 B à 50. Kolmar i. Posen 600 B à 50. Klosterlausitz 800 B à 50. Lednitz 300 B à 50 A. Leignitz 2000 B à 65, 20 E à 150. Latowitz 1000 B à 50, 100 L à 20. Lützen 200 B à 55. Landsberg a. d. Warthe 400 A à 25, 1000 B à 60. Leer 800 B à 50, 25 E à 50. Leßau 2000 B à 55, 10 E à 150. Lambrecht 200 B à 60. Landsberg a. Lech 200 B à 60. Malsau 1000 B à 50 A. Milsewitz a. d. Müßr 4000 B à 75, 600 A à 25. Marburg 600 B à 60. Merseburg 1200 B à 55, 2400 B à 60, 20 E à 50. Mitteneulde 1 E à 300. Mainz 50 B à 40. Münstir 150 B à 55, 50 L à 10. Mühlhausen i. Th. 2000 B à 60. Marzahnstätt 2000 B à 65. Marienwerder 300 A à 25, 800 B à 65. Meise 800 B à 55 A. Meusburg 200 B à 55. Neustadt a. d. Orla 200 B à 40, 10 E à 60, 5 E à 150. Nordbarg 1200 B à 75. Neubarnum 100 B à 65. Nowawes 10 E à 150. Oppeln 400 A à 25 A. Oldenburg i. Gr. 1000 B à 65. Oderan 2 E à 150. Ortrand 500 B à 55, 200 B à 60, 500 B à 50. Osanbrück 3000 B à 70, 200 B à 50. Osterholz 600 B à 85, 1000 B à 65. Osteritz 400 B à 60. Posen 10000 B à 70 A. Reine 20 B à 80. Reinitz 100 B à 45, 1000 B à 55, 50 A à 25. Preß 200 B à 65, 10 E à 50. Roitzsch 400 B à 40 A. Reuscheid 50 E à 50. Reutlingen 600 B à 60, 200 A à 25. Ruhla 20 E à 50. Neuenburg 600 B à 50. Strasburg i. Schl. 50 E à 50 A, 8000 B à 70, 500 B à 45. Stettin 5000 B à 65, 200 B à 45. Steigau 50 A à 25. Stendal 2000 B à 60, 300 B à 45. Stolp 300 B à 50. Storfow 10 E à 50. Södingen 200 B à 45. Sommerfeld 300 B à 45. Souberburg 1000 B à 65, 1000 B à 75, 10 E à 150. Streßeln 2 E à 150. Saarbrücken 200 B à 40. Salgfusen 500 B à 50. Silberbrunn 400 B à 55. Senftenberg 3000 B à 60. Schweditz 100 A à 25. Senzburg 100 B à 55. Schöninger 200 B à 45. Schöndorf 800 B à 75. Sinemünde 1200 B à 55. Saalfeld 20 E à 50. Siedenhofen 300 B à 50. Schneeverdingen 50 B à 55. Sandau 50 A à 25. Torgelow 400 B à 50 A. Tiffit 3000 B à 60. Trebnitz 100 B à 40. Trebbin 80 B à 40. Tudeh 200 B à 50. Trebitz 200 E à 55, 200 L à 10. Unna 600 B à 65 A. Wisshöbde 300 B à 75, 100 B à 65. Wisshofen 100 B à 40. Wegelad 2000 B à 55, 100 B à 40, 10 E à 50. Warel 400 B à 65.

Waldenburg i. Schl. 8000 B à 55 A, Bongrowitz 100 B à 50, 5 B à 150, Wellerland 400 B à 70, Bernerskirchen 400 L à 10, 27 B à 50, Wilschlad 4 E à 150, 600 B à 55, Bornis 1000 B à 65, 200 B à 60, Wollin i. Sachsen 100 B à 40, 200 B à 60, Barnemünde 400 B à 65, 25 E à 50, Welterfede 600 B à 60, Wittmund 100 B à 85, 400 B à 60, Wulterhausen 200 B à 50.
 Bahna 50 B à 40 A, 50 B à 55, 300 B à 45. Zerbst 10 E à 50.

Mit Verlegen gemeldet sind uns die Mitgliedsnehmer der Kollegen Guland Deutsche Bauwesen (Verbands-Nr. 91 656), R. Kolweit-König (121 081), Zul. Wilkens-Neumann (152 610), Ab. Werner-Bodum (166 470), Herrn. Andre-Verlin (196 154), G. Weichold-Karlsruhe (218 300), Hermann Rosenkranz-Köln (276 401), Otto Bogel-Barmer (296 189), G. Grollmisch-Freyhan (301 869), Herrn. Damm-Waldenburg i. Schl. (319 134), Jean Hoffmann-Frankfurt a. M. (351 110), Ab. Gebauer-Schwitz (361 877), G. Rosenberger-Gall (461 895), F. Wigenröder-Gamburg (505 355), G. Adernann-Elrich (66 682), G. Brunnemann-Jena (131 321), R. Hoffmann-Gamburg (301 780), R. Schulz-Verlin (340), H. Hagenauer-Stuttgart (38 575), F. Hohnschne-Möln i. E. (87 526), E. Ludwig-Reichenbach i. Woll. (96 459), Conrad Peter-Dormund (288 631), Gg. Gully-Gotmar i. Ell. (338 045), W. Kaldany-Mülheim a. d. R. (397 908), W. Schulte-Stuttgart (428 386); außerdem die Mitgliedsnehmer der Kollegen W. Kröger-Vidder (012 309), W. Wilschorel-Frankfurt (079 946), Friedr. Kähler-Frankfurt a. M. (05 721), Ab. Habibi-Berqu (17 087), W. Pudler-Lima (40 105), E. Dämmrich-Jena (043 594), Ab. Wernoth-Berlin (827), W. Schaber-Darmstadt (064 562), Otto Paslaff-Gamburg (077 954), Frdr. Nach-Grauberg (3332), G. Hermann-Gerne (16 307), Karl Dippel-Berlin i. W. (017 050), F. Niehoff-Doppel (066 814), Ernst Schwab-Stuttgart (073 519), Dr. Roland-Essen (088 303), Robert Bloß-Hörde (040 400), R. Ritter-Hörde (040 399), W. Leisner-Kiel (010 679), Paul Witten-Flensburg (060 328).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Selena u. Vernaub Schubert (Verbands-Nr. 419 816); Leipzig: Felix Hänel (37 839), Otto Hennig (158 948), Albin Müller (158 710), Paul Hlendorf (037 919), Otto Werner (37 948); R. d. S. L. i. n.: Heinrich Schwarz (61 471); Fulda (Vab. Drb): Ludwig Geibel (400 321); Dresden: Paul Wild (19 985), Paul Eiseemann (18 100), Karl Kuffich (18 038), Max Artur Taggefell (19 751), August Nämlich (19 608), Kurt Lubow (254 718), Hermann Fiedler (18 172). NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Aufschrift nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden dem Zweigverein Dresden: Josef Kunz, geboren den 6. April 1876 zu Storogow i. Mähren (Verbands-Nr. 088 963); Duisburg: Gustav Müller, geboren am 25. März 1885 zu Solenfort (092 911), Albert Freitag, Bruno Hohmann; Brunsbüttelkoog: Otto Gewanke, geb. am 4. Juni 1885 zu Minken (353 761); Freiburg i. B.: Robert Hehle, geboren am 3. März 1886 zu Werthausen; Flensburg: Holstaus Konowitsch, geboren am 12. Dezember 1886 zu Rosen; Bielefeld: Max Brück (010 709) und Bernhard Albrecht (058 822).

Kollegen, denen der Aufsicht der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. Der Vorstand.

Bekanntmachung der Gaudorstände.

Gau Mannheim.
 Die neue Adresse des Gaudorstandes ist: R. Porter, Karlsruhe, Wilhelmstr. 47.

Berichte.

Oberhausen im Rheinland. Die „Baugewerkschaft“ bringt in ihrer Nr. 33 unter „Oberhausen“ einen Bericht, der nicht unwidersprochen in die Welt gehen darf. Wenn wir auch bei einer Besemik mit diesen Wänden-Glabbacher Zentrumsdrüsen nicht in den Ton dieser Leute verfallen wollen, so müssen wir doch gegen eine Jesuitengesellschaft dieser Art einmal ein kräftigeres Wort gebrauchen. Wir wollen zuerst einmal auf die Aktualität der „Baugewerkschaft“ hinweisen: Am 13. August ist zwar die Versammlung am 18. September erschienen, „sonst“ der Bericht. In dem Artikel heißt es: „Der sozialdemokratische Beamte Werner vom Maurerverband hat per Einspruchsbescheid eingeladen, jedoch nicht erschienen.“ Jeder, der diesen Satz liest, muß sich unbedingt fragen, daß Werner vor einem Gegner wie Richter das Hofenpanier ergreifen hätte. Die Sache liegt aber folgendermaßen: Richter, der Pfänder des Beirates, hat die Versammlung selbst vorbereitet; er mußte schon lange, wann und wo diese stattfinden sollte. Trotzdem gab er den Brief am Tage vor der Versammlung, abends zwischen 7 und 8 Uhr auf die Post. Der Brief lief demgemäß erst am Morgen des Versammlungstages ein. Werner, der an diesem Tage schon außerhalb im Zweigvereinsgebiet tätig war, bekam den Brief erst nachts um 12 1/2 Uhr, als er von einer auswärtigen Versammlung zurückkam in die Gänge. Der Berichtsfasser weiß dies, weil es in der Tageszeitung schon richtiggestellt ist. Wenn er trotzdem diese Gemeinheit — denn auch das Verschweigen bekannter Tatsachen zur Diskreditierung des Gegners ist eine Gemeinheit — seiner Zeitung wieder zumutet, so können sich alle anständigen Menschen ein Bild von der Qualität eines solchen Ehrlichkeitsapfels machen. Wir behaupten: Es war Feigheit von dem christlichen Führer, daß dieser den Brief nicht so früh absandte, daß er den Adressaten früh genug erreichen konnte. Das allerbeste ist aber, daß Richter — der es immer weit von sich weist, mit dem Unternehmertum zu „beruhigendeln“ — hergeht und eine Erklärung schreibt, in der er etwas zurückweist, was Werner gar nicht gesagt hat, und daß er diese dann durch die beiden Vorsitzenden des Unternehmerverbandes unterschreiben läßt. Trotzdem auch diese Sache in der Presse

schon richtiggestellt ist, wärmt der Einfänder in der „Baugewerkschaft“ seine alten Wunden wieder auf. Wie frohol Richter bei der Veröffentlichung seiner „Erklärung“ umging, dafür ein Beispiel. Es heißt im Schlußsatz: „Wir erklären durch unsere Namensunterzeichnung, daß Richter niemals im Zeitraum seiner Tätigkeit mit dem Ortsverband Oberhausen allein verhandelt, sowie eigene Verträge abgeschlossen hat.“ Das letztere glaubt Herr Richter jedes Wort. Aber unsere Oberhausener Unternehmer kennt, weiß, wie billig sie bei der Abschließung von Verträgen sind. Ob aber früher Verhandlungen stattgefunden haben, können diese Herren nicht wissen, weil sie noch gar nicht solange im Vorstande des Unternehmerverbandes sind, als Richter hier tätig ist. Immerhin glauben auch wir nicht, daß der frühere Vorstand der Unternehmer Richter als gleichwertigen Verhandlungskontakthabenden angesehen hat. Die bespottliche Veröffentlichung der Richterischen Schriftstücke läßt diesen Schluß sicher zu. Die Ausführungen aber, die Werner in der Versammlung machte, daß nämlich Verhandlungen oder Erklärungen zwischen den Christen und dem Unternehmerverband stattgefunden haben müßten, ohne daß die Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter etwas davon gewußt hätten, hat selbst der Vorsitzende der Unternehmer, Theilmeier, später bestätigt, indem er dem Kollegen Werner erklärte, daß er den Beschluß der Unternehmer wegen der Arbeitszeit dem Herrn Richter vor den Eisenart Verhandlungen mitgeteilt habe.“ Es ist also doch eine einseitige Erklärung erfolgt. Ferner dürfte es interessant sein, zu erfahren, wie man sich auf christlicher Seite von den Unternehmern Erklärungen verschafft. Herr Theilmeier teilte nämlich auch mit, daß er von der Veröffentlichung in der „Bolzzeitung“ recht wenig erbaute sei, da Richter diese Erklärung nur für die Verammlung wünschte. Trotzdem erschien sie aber nicht im Verammlungsbuch, sondern an einer besonderen Stelle der Zeitung. Die Unternehmer haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie später die Konsequenzen aus ihren leichtsin unterzeichneten Erklärungen tragen müssen. Nirgend in Deutschland besämpfen uns die Christen in einer so dummdreien und verlogenen Art wie hier. Den Schaden davon hat die Arbeiterchaft im Baugewerbe. Mit der Proklamierung des Streikbruchs kam hier der christliche Bauarbeiterverband zur Welt und heute sind noch die Folgen davon zu spüren.

Eine Warnung

erläßt der Zweigverein Crimmitschau vor den angeleglichen Mauerpolieren Grader aus Wilschstein in Böhmen und Ziegler aus Schweifing in Wähmen. Diese Leute suden unter falschen Vorwärtspiegeln Maurer anzuwerben, um sie dann als Affordmaurer an die Unternehmer zu verpuppeln. Man nehme sich also vor diesen Leuten in Acht.

Stiefenleger.

Essen. Die am 11. August dieses Jahres in Köln geschickerten Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrages wurden am 20. September wieder aufgenommen und am 23. September zu Ende geführt. Der Vertrag gilt für das engere Industriegebiet. Von wesentlicher Bedeutung ist außer der Erhöhung des Stundenlohnes sowie des Affordtarifs, daß nach dem neuen Vertrage die Vergütung von Arbeiten an Zwischenmeister verboten ist. Wir hoffen nun, daß unsere Kollegen überall da, wo Zwischenmeister ihr unaufriches Handwerk treiben, vom 1. Oktober an tatkräftig einsehen, um diese Giftschlingen auszurotten. Weiter appellieren wir an das Ehrlichkeitsgefühl aller Kollegen, sich nun nicht mehr, wie es auch unter den Organisierten bisher noch vorgekommen ist, dazu verleiten zu lassen, zu billigeren Sätzen, als tariflich vereinbart, zu arbeiten. Es wird uns dann auch möglich sein, die unfrischen Kantonten in unseren Reihen sowie in den Reihen der Unternehmern an unseren Vertrag zu binden. Unsere Devise muß lauten: Einer für alle, alle für einen!

Jolierer und Steinholzleger.

Hannover. Von den Jolierern Hannover-Bindens wurde am 24. August dem Arbeitgeberverband der Jolierfirmen der Provinz Hannover und Braunschweig der Antrag auf Erneuerung des am 30. September abgelaufenen Lohnvertrages mit einigen nicht nennenswerten Aenderungen unterbreitet und gleichzeitig um eine gemeinsame Unterhandlung gebeten. Dieses Ansuchen wurde von den Unternehmern wiederholt zurückgewiesen und erklärt, es solle jede einzelne Firma mit ihren Arbeitern unterhandeln. Wahrscheinlich glaubte man, dadurch den von den Jolierfirmen ausgearbeiteten, jeder Beschreibung spottenden Reichstanz besser durchgehen zu können. Der Arbeitgeberverband der Jolierfirmen Deutschlands scheint es als ein Verbrechen anzusehen, wenn die Arbeiter ihren sauer verdienten Lohn geföhri haben wollen und nicht auf blauen Dunst in die Welt geschickt werden wollen. Unter diesen Umständen haben die Jolierer Hannover-Bindens am 24. September in einer kombinierten Versammlung beschlossen, die Arbeit am 30. September niederzulegen. Wir erluchen alle mit Jolierern zusammenkommenden Genossen uns durch Auslösung einer sofortigen Kontrolle beihilflich zu sein. Etwaige Nachrichten sind an den Verband der Jolierer und Steinholzleger Deutschlands, Zshilstelle Hannover, (Adresse: G. Brinner, Angerstraße 9), zu richten. Zusatz ist streng fernzuhalten.

Eine „Berichtigung“. Wir erhielten folgendes Schreiben:

„Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes erluchen wir Sie, folgende Berichtigung in die kommende Nummer Ihrer Zeitschrift aufzunehmen:
 Nr. 37 der Zeitschrift „Der Grundstein“ enthält über die bei der hiesigen Firma Rosnansky & Strelitz erfolgte Arbeitsniederlegung einiger Jolierer eine Darstellung, die in mehreren Punkten den Tatsachen nicht entspricht. Wir stellen demgegenüber fest:
 1. Nach unserer genauen Prüfung der Sachlage kann von „Schurigeleien“ nicht die Rede sein. Herr Samuels

hatte vielmehr den betreffenden Jolierern gerade das größte Entgegenkommen bewiesen, indem er von allen hiesigen Firmen mit am längsten die Stundenlohnarbeit beibehalten hat. Ferner sind bei der Affordarbeit verweigerten Jolierern andere Arbeiten im Stundenlohn angeboten worden, obgleich Herr Samuels das Recht zur sofortigen Entlassung hatte.

2. Als Herr Samuels dem Zentralverband der Jolierfirmen Deutschlands und somit den übrigen hiesigen Firmen der Branche von der Arbeitsniederlegung der zehn Jolierere Kenntnis gab, handelte er nicht als Vorsitzender, sondern als Mitglied des Verbandes und war dazu nach den Vorschriften des Verbandes, wie es jede andere Firma ist, unweigerlich verpflichtet.

3. Die Bezahlung von 95 A pro Quadratmeter Korfschalen-Jolierung ist genau dieselbe, für die die Jolierer bei sämtlichen andern Firmen arbeiten und mit der sie auch notorisch gut zurecht kommen. Diese Bezahlung ist von sämtlichen Verbandsfirmen vereinbart und den Jolierern gedruckt bekannt gegeben. Sie durfte von der Firma Rosnansky & Strelitz auf keinen Fall überschritten werden. Daß früher für dieselbe Arbeit im Afford M. 1,60 bis M. 1,70 gezahlt worden wäre, ist direkt aus der Luft gegriffen, ebenso die Berechnung des Verdienstes, der bei der angebotenen Bezahlung angeblich herausgekommen wäre. Arbeitgeberverband für das Joliergewerbe zu Berlin.

Der Vorstand:
 G. Brandt, A. Taub, Fritz Steinbrink.

Zu dieser „Berichtigung“ möchten wir bemerken, daß die drei Unterzeilen überhaupt nicht berechtigt sind, die Aufnahme einer Berichtigung auf Grund des Preßgesetzes zu verlangen; denn nach den Erklärungen zu § 11 heißt nur dem das Recht der Berichtigung zu, der angegriffen wurde, niemals aber einem Dritten, mit Ausnahme der staatlichen und andern Behörden. Somit sind wir aber in Deutschland nun doch noch nicht, daß die Vorstände der Unternehmerverbände, und wenn es auch der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Joliergewerbe zu Berlin oder sonstwo ist, behördlichen Charakter tragen. Ebensonstig aber war einer von ihnen Gegenstand der Kritik in dem Eingelände in Nr. 37 des „Grundstein“. Im übrigen schreibt uns die Geschäftsleitung der Jolierer zu der Berichtigung folgendes: Wir müssen unsere Darstellung in Nr. 37 des „Grundstein“ voll und ganz aufrecht erhalten, um so mehr, da ja unsere Behauptungen zum größten Teil in der Berichtigung selbst ihre Bestätigung finden. Daß den betreffenden Jolierern keine andere Arbeit angeboten worden sei, haben wir ja gar nicht behauptet, sondern nur, daß sie bei der Firma nicht mehr weiterarbeiten wollten und deshalb ihre Entlassung forderten. Ob Samuels als Vorsitzender oder als Mitglied seines Verbandes handelte, als er den übrigen Firmen von der Arbeitsniederlegung Kenntnis gab und ob er dazu verpflichtet war, ist uns ganz gleichgültig. Für uns handelt es sich darum, daß ein Jolierer auf seine Veranlassung von der Arbeit bei Verbandsfirmen ausgeschlossen wurden. Ferner haben wir noch nie bestritten, daß die Preise, die von der Firma Rosnansky & Strelitz für Affordarbeiten geboten wurden, von sämtlichen Verbandsfirmen vereinbart, oder vielmehr willkürlich festgesetzt wurden. Das ist es ja gerade, wogegen sich die Jolierer wehren und wogegen sie so lange kämpfen werden, bis es wieder anders wird. Der Zentralverband der Jolierfirmen, dessen Mitglieder, von einigen Ausnahmen abgesehen, von der praktischen Arbeit eines Jolierers absolut keinen Schimmer haben, hat kein Recht, in einseitiger Weise die Affordpreise festzusetzen, die Jolierer zu zwingen, überall dafür zu arbeiten, ohne Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse und die Verschleidenartigkeit des Materials. Und diese Verschleidenartigkeit sowohl der Schalen, wie Korf, Kieselgrub usw., und auch der sogenannten Wärmeschumasse ist sehr groß, ganz abgesehen von der Lage der Holzleitungen, die isoliert werden sollen. Auch die Umstände, unter denen die Arbeit ausgeführt werden muß, werden nicht berücksichtigt. Jede Firma hat anderes Material; denn wenn es auch unter denselben Namen auf den Markt gebracht wird, so ist der Unterschied bei der Verarbeitung sehr groß. Ober ist es vielleicht kein Unterschied, wenn jemand Holzleitungen mit Wärmeschumasse 60 mm stark isolieren soll, und er erzielt diese Stärke, indem er vier bis fünf Schichten aufgetragen hat, während ein anderer mit demselben Material aus einer andern Fabrik zehn Schichten und noch mehr auftragen muß, um die gleiche Stärke zu erreichen? Genau so ist es bei Korfschalen usw. Die Schalen von der einen Firma sind glatt und gerade und passen genau auf die Holzleitungen, während die von der andern nicht nur schief und krumm, sondern auch noch zu groß oder zu klein sind, so daß der betreffende Jolierer dann gezwungen ist, jede Schale passend zu schneiden. Dann kommt aber vielleicht noch hinzu, daß der Jolierer auf der Arbeitsstelle selbst allerhand Hindernisse hat; er muß Nüstung bauen und muß sich das Material dazu erst zusammenbestellen oder gar herstellen. Vielleicht muß er auch noch bei einer Temperatur von 40 und mehr Grad seine Arbeit verrichten, während dies bei andern nicht der Fall ist. Die Affordpreise aber sind an und für sich schon so niedrig, daß selbst der, der unter den günstigsten Verhältnissen arbeiten kann, den vereinbarten Tagelohn nicht erreicht. Jeder Laie wird uns daher verpflichten, wenn wir sagen, daß wenn nun schon einmal in Afford gearbeitet werden soll, bei Festsetzung der Preise die lokalen Unterschiede mit in Betracht gezogen werden müssen. Aber die im Zentralverband der Jolierfirmen organisierten Unternehmer hätte dies nicht an, sie diktiert und führen alles über einen Kamm. Man verbietet sogar dem einzelnen einsichtigen Unternehmer, die festgesetzten Preise zu überschreiten, was man auch in der Berichtigung besonders hervorhebt. Wenn es aber in der Berichtigung heißt, die Jolierer kämen bei einer solchen Bezahlung notorisch gut zurecht und die Preise würden von sämtlichen Firmen bezahlt, dann bestritten wir das ganz entschieden. Diejenigen, die bei dieser Bezahlung „notorisch gut zurecht“ kamen, sind, wie wir stets nachweisen können, keine Jolierer, sondern ganz gewissenhafte und solider Arbeiter kann bei dieser Bezahlung nicht bestehen. Einsichtige Unternehmer geben dies auch ohne weiteres zu. Selbst einer von denen, welche die Berichtigung unterschrieben, hat seinen Leuten gegenüber zugegeben, daß die Preise zu niedrig sind; ja, sogar auf der General-

völlig leer ausgingen. Der Bergarbeiterverband hat insgesamt 65 Mandate gewonnen und hat nun 89 Mandate über die absolute Mehrheit. Stimmen erhielt der Bergarbeiterverband 97 779, der christliche Gewerbetreibende 53 018, die Polen 22 238, die Juden 1413 und die „Kirche“ 2400. Die Erregung unter den Bergarbeitern war vor den Wahlen außerordentlich groß, was bei dem Interesse, das die Bergarbeiter an dem Ausfall der Wahlen haben, durchaus begreiflich ist. Die Knappschaffstärksten sind die Vertrauensleute der Knappschaffstärksten, die sämtliche auf den Gruben beschäftigten Arbeiter angehören müssen. Sie haben die Kranken- und Kurpflegete auszustellen, die Kranken zu kontrollieren und bei der Entscheidung über die Invalidentät der Mitglieder mitzuwirken. Aus ihren Reihen werden zwölf Vorstandsmitglieder, die sogenannten Arbeitervertreter, gewählt, die mit zwölf Betriebsvertretern die Verwaltung des Allgemeinen Knappschaffstärksten bilden. Die Tätigkeit der Knappschaffstärksten, wie auch der Vorstandsmitglieder, ist nebenamtlich, doch erhalten sie eine persönliche Entschädigung von 600, wozu noch einige Zuwendungen als Spesen treten. Bei Stimmengleichheit gelten die Urträge als abgelehnt; es können also durch Zusammenhalten der Arbeitervertreter Verschlechterungen vermieden werden. — Der Ausfall der Wahl ist, da sich die Bergarbeiter im Grunde genommen gegen Zentrum und Jesuiten entschieden, auch von nicht zu unterschätzender politischer Bedeutung und läßt für die nächsten Reichstagswahlen das Beste hoffen.

Polizei und Gerichte.

Mannheim-Rudwigshafen. Eine Ausperrungsaffäre der Oppauer Maurer fand am 18. September am Amtsgericht Frankfurt a. M. ihre Entscheidung. Angeklagt waren ursprünglich sechs Maurer wegen Verletzung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung (Berufserkennung, Werbung und Erwerbserlaubnis). Fünf davon waren amtsanwaltschaftlich mit einem Tag der Vorherrsche der Zahlstelle, Kollege Janzon, mit fünf Tagen Gefängnis bestraft. Gegen diese Strafen legten sämtliche Angeklagte Berufung ein. Daraufhin wurde das Verfahren gegen alle Angeklagte mit Ausnahme des Kollegen Janzon eingestellt. Zum Termin war an der Für die Amtsgerichts angehalten. Wegen Streikvergehen“ Außerdem war in der letzten Instanz ein den Angeklagten auch Streikvergehen angegeben. Janzon befand sich jedoch vor Gericht, daß er seit seiner Zugehörigkeit zu seiner Organisation noch keinen Streik mitgemacht habe, sondern daß er von den Unternehmern gewaltsam aus seinem Arbeitsverhältnis gedrängt worden sei. Die Angeklagte „Streikvergehen“ könne daher ihm gegenüber nicht zur Anwendung kommen. Außerdem teilte Janzon in sachlicher Weise den ganzen Vorfall. Er betonte u. a., daß er im Sinne des Gesetzes keine strafbare Handlung begangen habe. Trotzdem sich der Kaiser-Jobst König mit Vorberedungen und Verbindungen die größte Mühe gab, Janzon gehörig einzuschüchtern, gelang ihm dies nicht. Nachdem eine Reihe Zeugen vernommen waren und der Verteidiger Adamann die Haltlosigkeit der Anklage nachgewiesen hätte, wurde Janzon freigesprochen.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.)

Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur. Im Auftrage der General-Kommission zusammengestellt von Johann Sassenbach. Vierte Auflage. (213 Seiten. Preis 80 J.) Das Literaturverzeichnis, ursprünglich zu dem Zweck herausgegeben, den Teilnehmern der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse einen Leitfaden für die Beschaffung gewerkschaftlicher Schriften zu bieten, hat in den vier Jahren seit seinem ersten Erscheinen eine wesentliche Veränderung erfahren. Es ist heute nicht mehr ein Buchverzeichniß, sondern ein Verzeichnis aller wichtigeren und größeren Kundgebungen über die gewerkschaftliche Bewegung. Neben den in Buch- oder Broschürenform erschienenen Schriften sind alle Artikel der in Betracht kommenden Zeitschriften sowie die Verhandlungen über bestimmte gewerkschaftliche Fragen auf Gewerkschaftskongressen und Generalversammlungen der Verbände bezeichnet. Diese Kundgebungen sind zunächst nach Berufs- und Johann nach Materien wie: Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Arbeiterinnenbewegung, Einigungswesen, Gewerbeinspektion usw., geordnet. Jeder, der sich über die gewerkschaftliche Bewegung oder einzelne Gebiete dieser informieren will, findet in dem Verzeichnis die Angabe der Quellen, aus denen er die Information schöpfen kann. Für die in der Arbeiterbewegung agitatorisch Tätigen ist die Schrift ein unentbehrliches Hilfsmittel, wenn sie genötigt sind, über bestimmte gewerkschaftliche Fragen zu sprechen oder Vorträge für den weiteren Ausbau der Gewerkschaften zu machen. Für Gewerkschaftsmitglieder beträgt der Preis bei Bezug durch die Organisation 30 J. Die Schrift ist durch alle Buchhandlungen oder von S. Kube, Berlin SO. 16, Engelauer 15, zu beziehen.

Das Fortbildungsschulwesen von Julius Wehnus erschien wieder als Heft 11 der unter Leitung von Paul S. i. r. d. herausgegebenen kommunalpolitischen Abhandlungen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Für die Gemeindevorsteher, für die sie in erster Linie bestimmt ist, unentbehrlich, dürfte die Schrift allen Parteigenossen, ja weit darüber hinaus allen denen, die die hohe Bedeutung des Fortbildungsschulwesens erkannt haben, ein wertvolles Mittel zur Bereicherung ihrer Kenntnisse auf diesem wichtigen Gebiete sein. Preis M. 1, Agitationsausgabe 50 J. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Die Arbeiterfrage von F. A. Lange. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Wehring. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Broschüre M. 1,50.

gebunden M. 2. — Der vorliegenden Ausgabe ist die erste Auflage zugrunde gelegt. Der Herausgeber hat diese erste Ausgabe deshalb gewählt, weil sie am engsten mit den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie zusammenhängt und das Bild Langes am schärfsten widerspiegelt und weil in ihr das Wesentliche zusammengefaßt ist, was Lange als Sozialpolitiker zu sagen hatte. Obwohl Langes Buch niemals von entscheidendem Einfluß auf den Gang der deutschen Arbeiterbewegung gewesen ist, und trotzdem Lange nie den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen hat, sicher ihm doch seine Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein ehrenvolles Andenken in der deutschen Arbeiterklasse. Aus diesen und anderen Gründen erschien die Aufnahme der Schrift in den sozialistischen Neudruckten geboten.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Mit den Beilagen: „Für unsere Mütter“ und „Für unsere Kinder“. Nr. 26 des 20. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 10 J.

„Der Wahre Jakob“, sozialdemokratisches Blättchen. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Der Preis für die dem persönlichen Regiment gewidmete Nummer ist 10 J.

Briefkasten.

Südwest. Auf die Briefkastennotiz in Nr. 37 haben sich mehrere Kollegen bei uns über die Verhältnisse in Südwest erkundigt. Wir konnten bis jetzt darüber noch nichts Näheres erfahren, doch erlebten wir von anderen Kollegen die Aufforderung, unsere Kollegen vor der Reise nach Südwest zu warnen. In einem der Schreiben heißt es: „Wenn jemand als freier Mensch leben will, so soll er seine Gedanken nach Afrika lassen. Wenn es mir hier bei einem Unternehmer nicht gefällt, so gehe ich zu einem anderen, was ich drüben, wo ich an eine Firma gebunden bin, nicht kann. Schließlich muß ich auch das Fahrgeld und die vorgeschossenen M. 500 abarbeiten, und wenn einer den verprochenen Verdienst von M. 300 nicht erhält, so wird drüben niemand für ihn eintreten, und er muß sich mit dem, was er bekommt, zufriedengeben.“ — Nach dieser Schilderung können wir unser respektvollen Kollegen nur die größte Vorsicht empfehlen. Mindestens sollte kein Kollege nach Afrika gehen, ohne mit der betreffenden Gesellschaft vorher einen in allen Einzelheiten genau fixierten schriftlichen Vertrag über die Lohn- und Arbeitsbedingungen geschlossen zu haben. **Schlüter, Kiel.** Diese Protokolle wurden Ende Juli verfaßt.

Anzeigen

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileie kostet 16 J.)

- Ashaffenburg.** (Zahlstelle Saiba a.) Am 18. September starb unser Kollege **Thomas Aulbach** nach langem Leiden im Alter von 29 Jahren an Lungenentzündung.
 - Bamberg.** (Zahlstelle Halstadt.) Am 28. September starb unser Kollege **Joseph Haderlein** im Alter von 19 Jahren an den Folgen eines Unfalles.
 - Braunshausen.** Am 19. September starb unser Kollege **Johannes Hermann** im Alter von 48 Jahren infolge eines Unglücksfalles.
 - Cöln.** Am 18. September starb unser langjähriger Mitglied **Wilhelm Krapohl** im Alter von 49 Jahren an Bronchialkatarrh. Krapohl gehörte dem Verband seit 1895 an und war stets ein eifriger Vertreter unserer Sache.
 - Dresden.** Am 21. September starb unser Mitglied **Heinrich Schilling** im Alter von 34 Jahren an Schwindel. — Am 21. September starb unser langjähriger Mitglied **Heinrich Berthold** aus Gittersee im Alter von 57 Jahren an Lungenentzündung. — Am 24. September starb unser Mitglied **Alwin Mann** aus Lieberneufirch im Alter von 26 Jahren an Lungenkatarrh.
 - Düsseldorf.** Am 23. September starb unser treuer Kollege und Mitbegründer der Zahlstelle Gerresheim **Otto Mittelstädt** im Alter von 44 Jahren an Nierenleiden.
 - Leipzig.** Am 11. September starb unser Kollege **Hermann Lucas** im Alter von 51 Jahren an Wasserhust. — Am 18. September starb unser Kollege **Ernst Fischer** im Alter von 48 Jahren an Herzschlag.
 - München.** (Zahlstelle Althab.) Am 18. September starb unser treuer Mitglied **Andreas Steitz** im Alter von 46 Jahren an Lungenleiden.
 - Peine.** Am 22. September starb unser Kollege **August Sander** im Alter von 19 Jahren an den Folgen schwerer Verletzungen durch Wasserfische. Er war ein treuer Anhänger unserer Organisation.
 - Sachsa (Bad).** Am 25. September starb unser Kollege **Louis Leinig** im Alter von 30 Jahren an Lungenentzündung.
 - Stendal.** Am 21. September starb unser langjähriger Mitglied, der Maurerpostler **August Vogel**, im Alter von 56 Jahren an Leberkrankheit.
 - Strasbourg i. Elz.** Am 17. September starb unser Kollege **Johann Mischel** im Alter von 23 Jahren beim Stürzen in den Dürrenbach b. Gagenuf seinen Tod. — Am 20. September starb unser Mitglied **Andreas Abel** im Alter von 40 Jahren an Herzschlag.
 - Wiesbaden.** (Zahlstelle Nebenbach.) Am 24. September starb unser Kollege **Heinrich Fischer I** im Alter von 34 Jahren an Lungenleiden.
 - Worms.** Am 7. September starb unser treuer Kollege **Heinrich Becker** im Alter von 29 Jahren an Tuberkulose.
 - Zehdenick.** Am 16. September starb unser langjähriger Mitglied **Otto Kersten** im Alter von 31 Jahren an Lungenkrankheit.
- Ehre ihrem Andenken!

Cunnersdorf.

Sonntag, den 9. Oktober, feiert unser Zweigverein in der „Andreasheute“ zu Cunnersdorf sein

30htes Stiftungsfest

bestehend in
Konzert, Feste, humoristischen Vorträgen,
Theater und Ball.

Alle Mitglieder des Zweigvereins sowie der Zahlstelle Schreibereisen sind hiermit freundlichst dazu eingeladen, besonders aber die Kollegen, die ununterbrochen zehn Jahre dem Zweigverein angehören. [M. 4,20] **Der Vorstand.**

Bochum.

Sonntag, den 9. Oktober, nachm. 4 Uhr, feiert unser Zweigverein im Lokale des Herrn Carl Hölcher sein diesjähriges *** Stiftungsfest *** bestehend in Konzert, Theater und Ball. Eintritt einschließlich Programm 50 J. Die Kollegen der Zahlstellen sind dazu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] **Das Komitee.**

Bonn.

Sonntag, den 2. Oktober, feiert der hiesige Zweigverein sein diesjähriges **Stiftungsfest** bestehend in Preisfesten, Verlosung und Ball. Die Kollegen von Bonn und Umgegend werden dazu freundlichst eingeladen. **Das Komitee.**

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorname, K Kaffeebar, L Vertreterslokal, H Herberge, RZ Reizelementprüfung wird ausgeschrieben sein.)

Demmin. V Franz Mahrt, Maurer, Deben b. Demmin i. B. **Seide.** Gehr. Könnig, Friedrichswerk 42.

Verfammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verfammlungen zu besuchen.

Verbandsverfammlungen der Maurer.

- Sonntag, den 2. Oktober.**
- Arnswalde.** Streikarten und Mitgliedsbücher mitzubringen.
- Elmshorn.** Bei Hofweber.
- Granssee.** Nachm. 3 Uhr im Franziskaner Lokale.
- Oranienburg.** Nachm. 3 Uhr bei Schumann, Schützenstraße. Referent aus Berlin anwesend.
- Ribnitz.** Nachm. 2 Uhr bei Potenberg. Wichtige Tagesordnung.
- Dienstag, den 4. Oktober.**
- Berlin.** (Kunstreinerherber.) Abends 8 1/2 Uhr bei Goldmann, Engelauer 12, part.
- Wien.** Abends 4 Uhr in der „Andreasheute“. Z.-D.: Wahl der Delegierten zur Gaufonferenz.
- Helde.** Abends 8 1/2 Uhr in der Herberge.
- Mittwoch, den 5. Oktober.**
- Spandau.** Abends 8 1/2 Uhr bei Wölke, Havelstr. 20.
- Wittenberg.** Abends 8 1/2 Uhr bei Gerner, Köpferstr. 1.
- Donnerstag, den 6. Oktober.**
- Glogau.** Abends 8 1/2 Uhr im „Kasteller“. Wäcker sind mitzubringen.
- Sonntag, den 9. Oktober.**
- Bamberg.** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-D.: Wahl der Delegierten zum Gaufest und andere wichtige Punkte.
- Beelitz.** Nachm. 4 Uhr im Lokale von Weunung.
- Werder a. d. H.** Nachm. 3 1/2 Uhr in Gildenhof bei Schmidt.
- Sonntag, den 16. Oktober.**
- Heilbronn.** Nachm. 1 1/2 Uhr Generalverfammlungen in der „Hofe“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
- Fürstenwalde.** Vorm. 10 Uhr in der „Hilffarmone“. Z.-D.: Wahl eines Quartals. Delegierten zur Gaufonferenz. Abrechnung vom dritten Quartale.

Zentralkrankentasse der Maurer usw.

- Sonntag, den 9. Oktober.**
- Würzburg.** Vorm. 10 bis 12 Uhr letzter Posttag und Aufnahme neuer Mitglieder im „Schlesierstein“.
- Sonntag, den 16. Oktober.**
- Würzburg.** Vorm. 10 bis 12 Uhr im Restaurant „Schlesierstein“. Z.-D.: Quartalsabrechnung und Aufnahme neuer Mitglieder. Die Maurer von Würzburg und Umgegend, die Mitglieder der Kasse werden wollen, sind eingeladen.